



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



AfD und Pegida

Seit Monaten spaltet die Diskussion über die Flüchtlings-situation das Land. Hans Vorländер über „Ausländerfeinde“ und „Gutmenschen“.

Seite 15

Brexit

Eine britische Frage, ihre Hintergründe und Konsequenzen. Am 23. Juni ist EU-Referendum in Großbritannien.

Seite 22

Wahlen in den USA

Clinton gegen Trump? Oder wer gegen wen? US-Generalkonsulin Gavito war zu Gast in der Akademie.

Seite 24

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT MEDIEN

- 3** Im Visier der Meute
- 6** Kommunikation und Sozialwelten im Wandel
- 9** Verräter, Aufklärer oder Nestbeschmutzer?
- 12** Die Macht der strategischen Kommunikation
- 13** Medienpreis geht an Journalistin Alena Jabarine
- 14** „Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts“

JAHRESSCHWERPUNKT FLIEHKRÄFTE

- 15** Woher kommt der Hass?

INNENPOLITIK

- 16** Kein faires Spiel: Doping, Korruption und Kommerz
- 19** Weg vom Zwang – hin zu mehr Freiheit
- 21** Zucht und Ordnung

EUROPA

- 22** Brexit or no Brexit – That Is the Question

INTERNATIONALE POLITIK

- 24** USA-Wahlen: Ausgang offen
- 25** Dimensionen des Syrien-Kriegs
- 26** Von Panzerschlachten zu Drohnenschlägen
- 29** „Kluger Weg vom Rassismus zum Realismus“

ZEITGESCHICHTE

- 31** Nazizählerei und „Sündenstolz“

PERSONALIA

- 33** Tiefgang am See mit neuem Design
- 34** „Fundament unserer Reputation“
- 35** 50 Jahre „Mobilisierung der Demokratie“

RUBRIKEN

- 11** Impressum
- 36** Publikationen
- 37** Medienspiegel
- 40** Namen – Nachrichten



„An bestimmte Milieus kommt man nicht mehr heran.“ Diese Feststellung eines Kollegen bezog sich auf die Aufgabe, eine breitere Öffentlichkeit dafür zu gewinnen, Orte der politischen und historischen Erinnerung aufzusuchen und sich mit deren Themen zu befassen. Aber die Diagnose trifft nicht nur auf die politische oder die historisch-politische Bildung zu. Sie treibt

viele Institutionen um: allen voran die Volksparteien, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die Tagespresse, die Kirchen und viele mehr.

Es wäre kurzsichtig anzunehmen, die Frage der Einbindung und Ansprache möglichst vieler (Alters-) Gruppen und Milieus einer Gesellschaft ginge nur diejenigen an, die sich professionell um Einschalt- und Auslastungsquoten oder um Mitgliederzahlen zu kümmern haben. Schließlich trifft es die gesamte Gesellschaft, wenn die der Demokratie und dem Pluralismus verpflichteten Institutionen sich zunehmend schwer tun, Breitenwirkung zu entfalten. Es wirkt sich auf das Erscheinungsbild von Demokratie und Gesellschaft aus, wenn die Gesprächsgrundlage zwischen den gesellschaftlichen Milieus u.a. aufgrund der gesellschaftlichen Fliehkräfte – um an das diesjährige Schwerpunktthema der Akademie zu erinnern – brüchig wird.

Integration und der Zusammenhalt der Gesellschaft werden bestimmende Themen der nächsten Jahre sein. Verengt wäre es, Integration nur auf die Einwanderer und Flüchtlinge zu beziehen. Die Aufgabe ist größer: Welche Grundlagen sind notwendig, damit die verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft untereinander gesprächsfähig bleiben? Welches können in Zeiten segmentierter und individualisierter Kommunikations- und Freizeitformate noch Orte der Begegnung und des Austauschs mit „den Anderen“ sein?

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen gehört zweifels- ohne zum Kernauftrag der verschiedenen Institutionen, gerade auch jener der politischen Bildung. Aber nicht nur deren strukturelles Problem, tendenziell vor allem jene zu erreichen, die erreicht werden wollen, legt es nahe, die Verantwortung breiter zu spannen: Die Aufgabe, Brücken des Interesses und der Verständigung zwischen den verschiedenen (Alters-)Gruppen und Milieus einer Gesellschaft zu bauen, kommt uns allen zu. Auch das ist eine Form des bürgerschaftlichen Engagements. Eine, die wichtiger werden wird.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Medienethik

Im Visier der Meute

Wie weit dürfen Journalisten bei ihren Recherchen gehen?
Wir spürten die Grenzen der Berichterstattung auf.*

PEER STEINBRÜCK ist froh, nicht mehr unter strenger Beobachtung zu stehen. Der frühere Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat hat seine ganz eigenen Erfahrungen mit Journalisten gemacht: „Am Anfang mochten sie den nicht-anangepassten Politiker mit Hang zur Ironie. Ich war interessant. Irgendwann kippte das.“ Dieser „Rudel-Journalismus“ trage zur Banalisierung der Politik bei. Personalisierung und Skandalisierung seien weitere Ursachen der aktuellen Vertrauenskrise gegenüber den Medien: „Es ging irgendwann nur noch um das Gesicht, nicht um programmatiche Substanz.“ Analog zur Politikerverdrossenheit sprach Steinbrück von „Medienverdrossenheit“.

„Gewalttätiger Journalismus“

Der SPD-Politiker forderte mehr Selbstkritik von Journalisten und Respekt im gegenseitigen Verhältnis. Die Berichte um den Fall des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff nannte er „gewalttätigen Journalismus“: „Sie teilen gerne aus, haben aber selbst ein Glaskinn beim Einsticken von Medienkritik. Sie dürfen einen Politiker in Grund und Boden schreiben. Wenn wir Kritik üben, sehen sie einen Angriff auf die Pressefreiheit.“ Selbstkritisch wurde Steinbrück, als er eigene Fehler im Wahlkampf zugab: „Die Entscheidung, das ‚Stinkfinger-Foto‘ freizugeben, war falsch. Außerdem waren wir auf die Diskussion um meine Honorarverträge nicht vorbereitet.“

Der Hamburger Mediengesellschaftler Stefan Burkhardt hat sich intensiv mit Skandalberichterstattung befasst.



Peer Steinbrück forderte mehr Respekt im Verhältnis von Politikern und Journalisten.



© MESTER

Skandalisierung verlaufe immer nach dem gleichen Muster: In der Latenzphase braut sich der (vermeintliche) Skandal zusammen. Dann folgt der Aufschwung des Skandals, danach seine Etablierung im gesellschaftlichen und medialen Diskurs. Irgendwann kommt es zum Abschwung, an dessen Ende sich je nach Ausgang die Phase der Rehabilitierung anschließen kann. In der Welt des Internets und sozialer Netzwerke sind die Rollen nicht mehr eindeutig verteilt: Jeder Onliner und Blogger kann heute einen Skandal multimedial und global erzählen, die umstrittene Monopolstellung der professionellen Medien bröckelt.

Susanne Gaschke hat einen Skandal am eigenen Leib erlebt und durchlitten. In Kiel trat die frühere ZEIT-Redakteurin für die SPD – gegen den Willen der Parteiführung in Schleswig-Holstein – als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin an. Sie wurde gewählt und kämpfte danach ein knappes Jahr gegen die eigene Partei, gegen die Opposition, gegen die Justiz und gegen die Medien, bis sie von ihrem Amt zurücktrat. Inzwischen



Susanne Gaschke: „Politiker sind nicht die Feinde der Journalisten.“
© Haas / Schröder

*In Zusammenarbeit mit dem netzwerk recherche und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

ist sie wieder Journalistin und schreibt für die WELT. Mit der Vorsitzenden des netzwerks recherche, Julia Stein, sprach sie über ihren wenig vergnüglichen Ausflug in die Politik.

Auf der Anklagebank

Sie empfiehlt: „Das sollte jeder Journalist mal erleben, wenn über ihn geschrieben wird. Jeder soll mal seinen Namen in einer Schlagzeile lesen. Stellt Euch vor, es wären Eure Angehörigen. Denkt Euch mal rein in die Situation des anderen. In acht Wochen 20 Mal der Aufmacher sein – das hält man psychisch nicht aus.“ Sie forderte, Empathie in der journalistischen Ausbildung zu verankern. Politiker seien nicht die Feinde der Journalisten. Sie hatte als Politikerin gegenüber Journalisten oft das Gefühl, auf der Anklagebank zu sitzen.

Sie riet davon ab, als Politiker zu weinen: „Das ist das Killerbild. Sie gelten als hysterisch.“ Und wenn sie heute in Berlin ehemalige Politiker-Kollegen aus dem Norden trifft, dann „gehe ich in eine andere Ecke“.

„Lemming-Journalismus“

Was Peer Steinbrück „Rudel-Journalismus“ nennt, heißt bei Sabine Kehm „Lemming-Journalismus“: „Alle stürzen sich drauf und laufen hinterher.“ Sie ist Managerin des nach einem Skiunfall schwerverletzten Formel-1-Piloten Michael Schumacher. Die gelernte Journalistin weiß, unter welchem Zwang Reporter stehen und hat Verständnis für öffentliches Interesse – gerade an einer Person wie dem siebenfachen Weltmeister. Doch das was sie seit dem Unfall Ende Dezember 2013 an aggressivem Journalismus erlebt, gehe zu weit. Sie werde unter Druck gesetzt. Die Familie empfinde es als „Belagerung durch eine Meute“. Ihre Aufgabe sei es, das Privatleben zu schützen. Schumacher selbst habe darauf immer großen Wert gelegt – hier die öffentliche Person des Weltmeisters und dort die private Person und seine Familie.



Sabine Kehm schützt das Privatleben des verunglückten Michael Schumacher.

Sabine Kehm will Informationen über den Gesundheitszustand des Formel-1-Rekordweltmeisters auch in Zukunft nur äußerst zurückhaltend herausgeben. Auch bei genaueren Informationen würde die Flut an Fragen kaum enden. „Jeder Satz ist doch der Auslöser für neue Nachfragen“, sagte Kehm.

Die Tagung im Netz:

<https://storify.com/apbtutting/im-visier>

<https://netzwerkrecherche.org/termine/konferenzen/fachkonferenzen/im-visier-der-meute/>

<http://hrbruns.com/2016/03/11/im-visier-der-meute-was-darf-recherche-von-journalisten/>

Den Videokanal @nrecherche zu #meute16 gibt es hier: <https://t.co/21wVUaYitu>

Doch es sind nicht nur Prominente im Visier der Meute. Der Amoklauf an der Albertville-Realschule Winnenden im Frühjahr 2009 sowie der absichtliche Absturz der Germanwings-Maschine im Frühjahr 2015 haben vielen jungen Menschen das Leben gekostet.

Gier geht vor Respekt

Mika Baumeister war Schüler am Josef-König-Gymnasium in Haltern, von dem einige Opfer der Flugzeugkatastrophe stammten. Sein Urteil über die Journalisten vor Ort und wie sie mit den Trauernden und deren Umfeld umgegangen sind: „hochnäsig, aufdringlich und sensationsgeil“.

Frank Nipkau ist der Chefredakteur der „Winnender Zeitung“. Er sagt über die Kollegen von damals: „Es war auch ein Amoklauf der Medien. Gier war wichtiger als der Respekt vor den Opfern und Angehörigen.“ Medien sollten Traumatisierte nicht „nur“ aus ethischen Gründen in Ruhe lassen – sie sind auch keine zuverlässigen Zeugen. „Wir müssen nicht alles wissen, zeigen und schreiben. Trotzdem können wir eine gute Zeitung machen.“ Nipkau nannte Regeln und Bitten an Journalisten, die über die allgemeinen Grundsätze des Pressekodex hinausgehen: Abstand halten, Respekt zeigen, Ruhe und Privatsphäre achten, keine Belagerungen, keine Telefonanrufe, keine Fotos von Weinenden, keine Befragung von Minderjährigen, keine Fragen nach der Erinnerung des Erlebten.



Frank Nipkau: „Winnenden war auch ein Amoklauf der Medien.“

Gisela Mayer vom Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden und die Journalistin Petra Tabeling vom Dart-Center für Trauma und Journalismus berichte-

ten aus ähnlicher Perspektive. Beide bemerkten, dass in Winnenden „teils aus Rücksichtlosigkeit, teils aus Unachtsamkeit viel verbrannte Erde hinterlassen wurde.“ Journalisten würden zwar auf Gespräche und

so Teile seiner Persönlichkeitsrechte frei. Außerdem würden Opfer von Unglücksfällen und Katastrophen zu Personen der Zeitgeschichte. Dieser Sicht wurde auf der Tagung vehement widersprochen.



Petra Tabeling: „Journalisten werden zu wenig auf Gespräche mit Traumatisierten vorbereitet.“



Gisela Mayer: „Durch Rücksichtslosigkeit wird viel verbrannte Erde hinterlassen.“

Begegnungen mit Mächtigen und Gewinnern vorbereitet, nicht aber auf solche mit Machtlosen, Gebrochenen, Betroffenen. Was vielen in einer solchen Situation fehle, sei die Fähigkeit zur Empathie. Auch Mayer betonte, dass Interviews mit Betroffenen und Traumatisierten unzuverlässig seien und nichts bringen. Der Täter dürfe nicht verschwiegen werden, aber es gehe um die Darstellung. Es solle keine PR für ihn gemacht werden, etwa als Kämpfer und Held.

Opferbilder

Wie sich Journalisten nach Unglücksfällen gegenüber Opfern verhalten, wissen auch Moritz Schwegler und seine Mutter Petra. Er saß im Unglückszug von Bad Aibling am Faschingsdienstag 2016 in der Nähe von Rosenheim und kam nur leicht verletzt davon, weil er im hinteren Teil der kollidierten Züge saß. So habe RTL 500 Euro zahlen wollen, für das Filmen von Leichensäcken. Durch Hatz und Aggressivität sei das Verhalten von einigen der Journalisten gekennzeichnet gewesen. Petra Schwegler, selbst Medienjournalistin, sagte, es seien etwa fünf Prozent gewesen. Der überwiegende Teil habe seine Arbeit ordentlich gemacht. Kritisiert wurde der Chefredakteur der Münchner Boulevardzeitung tz, Rudolf Bögel. Sein Blatt hatte unverpixelte Fotos getöteter Opfer aus Facebookprofilen übernommen. Seine Begründung: Wer bei Facebook ist, macht sich zur öffentlichen Person und gebe

Verdeckte Recherchen

Die Journalistin Alena Jabarine hat für den NDR ein Erstaufnahmelager für Flüchtlinge in Hamburg besucht – undercover, verkleidet als Flüchtlingsfrau. Offiziell gab es keine Drehgenehmigung. So kam sie an Informationen, „die ich sonst nicht bekommen hätte.“ Für eine solche Arbeit sei viel Vertrauen zu den Protagonisten nötig. Um nicht als Journalistin enttarnt zu werden, brauchte sie viel Konzentration beim Wechsel der Sprachen: deutsch, englisch und arabisch. Die Entscheidung für eine undercover-Recherche sei immer eine Abwägung: „Schließlich muss ich Leute bewusst anlügen.“ Ob sich nach ihrem Bericht etwas an den Zuständen in der Unterkunft geändert habe, wurde sie gefragt. „Nein, es hat nichts gebracht.“ Im Februar 2016 hat Alena Jabarine für eine Reportage einen Medienpreis bekommen – siehe Bericht auf Seite 13.

Jürgen Soyer, Geschäftsführer des Behandlungszentrums Refugio in München, wies darauf hin, dass man bei Gesprächen mit traumatisierten Flüchtlingen Wunden aufreißen könne. Deshalb vermittelte er auch grundsätzlich keine Interviews mit Privatsendern: „Das Risiko ist hier zu hoch. Man weiß nie, was sagen



Die Meute bei der Arbeit
©Tobias Koch / wikimedia commons

die Flüchtlinge und was wird hinterher rausgeschnitten bzw. gesendet.“ Vor einem Journalistenkontakt sei immer eine intensive Vorbereitung auf das Interview nötig.

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 37)

Mediatisierte Gesellschaften

Kommunikation und Sozialwelten im Wandel

Neue Kommunikations-technologien und „Social Software“ verändern immer mehr und grundlegender öffentliche und private Welten.

IM ALLTAG überlagern sich Formen digitalisierter Kommunikation untrennbar mit der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. So wandeln sich die sozialen Beziehungen und das gesellschaftliche Leben. Das hat Auswirkungen auf das individuelle Handeln, auf die Gesellschaftsstruktur und auf das politische System. Die Akademie hat sich bei einer Kooperationstagung mit dem Schwerpunktprogramm „Mediatisierte Welten“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit dem Wandel der sozialen Beziehungen und Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft auseinandergesetzt.

Für Friedrich Krotz von der Universität Bremen ist Mediatisierung die zunehmende Prägung von Kultur und Gesellschaft durch Medienkommunikation und ist damit ein ähnlich übergreifender Entwicklungsprozess wie Globalisierung oder Individualisierung. Mediatisierung meint die Unterordnung von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur unter die Logik und Zwänge einer immer mehr und umfassender medial geprägten Welt. Für Krotz ist Mediatisierung ein Konzept zur Analyse der Wechselbeziehung zwischen Medienwandel und kommunikativen und soziokulturellen Entwicklungen. Weil Medien nach Krotz nur Potentiale sind, die einen Entwicklungsraum vorgeben, müsse sich die Forschung nicht allein auf die Medien, sondern vorrangig auf die soziale Welt konzentrieren.

Synthetische Kommunikation

Kommunikation verläuft unter mediatisierten Bedingungen immer mehr im Rahmen „synthetischer“ Situationen, so Werner Reichmann (Universität Konstanz). Mehr noch: Zunehmend avancieren auch Technik und Algorithmen zu ebenbürtigen Teilnehmern. Der Übergang von Situationen von Angesicht zu Angesicht zu „synthetischen“ Situationen wird fließend. Doch nicht nur die Kommunikationssituation ist in mediatisierten Gesellschaften Veränderungen unterworfen, sondern auch die Inhalte: So bereichern Medien,



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

über die Menschen miteinander kommunizieren, die Interaktionssituation mit zusätzlichen Daten – auch mit Daten, über die in medienlosen Interaktionen nicht verfügt werden kann. Beides verändert die Formen, die Ordnungen und die Zeitlichkeit von Interaktion. Beides stellt unsere Gesellschaft vor neue rechtliche, moralische und soziale Probleme: Welche Inhalte sollen vermittelt werden und welche nicht? Wie kann Empathie geweckt und Emotion kommuniziert werden?

Veränderte Fernsehnutzung

Der technische, kulturelle und soziale Wandel befördert eine Veränderung bestehender, aber auch die Ausbildung neuer Routinen und Praktiken der Mediennutzung. Besonders deutlich werde das beim Fernsehkonsum, vor allem bei der immer mehr verbreiteten „Second-Screen-Nutzung“, wie Udo Göttlich, Luise Heinz und Martin R. Herbers (Zeppelin Universität Friedrichshafen) zeigten.

Neu ist, dass Fernsehen nicht mehr länger nur daheim individuell oder in der Familie geschieht und in der Freizeit oder am Arbeitsplatz besprochen und bewertet wird: Ausgestattet mit Smartphones, Tablets, Laptops – als Second-Screens – und vermittelt über Onlineplattformen treffen sich nun Mitglieder sozialer Gruppen, die sonst im Alltag keinen Kontakt hätten – interaktiv, zeitlich und örtlich ungebunden. Offen ist, ob sich so das bisherige eigene Rezeptionsverhalten verstärkt oder vielmehr an dem unterstellten Handeln anderer, unbekannter Mit-Rezipienten orientiert.

Verändern Roboter und künstliche Intelligenz, sei es als Spielzeuge oder als Assistenten, Begleiter und Bewacher, unsere soziale Struktur? Michaela Pfadenhauer (Universität Wien) illustrierte wie „Artificial Compa-

nions“ Menschen Sozialkontakte vermitteln sollen. Hierbei geht es nicht nur um virtuelle Geschöpfe, sondern um medien- und kommunikationstechnologisch gestaltete Artefakte in mensch- oder tierähnlicher Gestalt, die mit Gesichts-, Sprach- und Gestenerkennung und emotionalem Ausdrucksvermögen ausgestattet sind und sich eigengesteuert bewegen.

Die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich der „Social Robotics“ hebt darauf ab, dass Menschen eine tatsächlich soziale, also als gegenseitig wahrgeommene Beziehung zu diesen Geräten aufzubauen



Michaela Pfadenhauer: „Roboter und künstliche Intelligenz verändern unsere soziale Struktur.“

© Zerbel

zialen Gegenüber und fungieren als Vehikel in neue Erlebniswelten, in denen ein unvermitteltes in ein medienvermitteltes Erleben und Handeln transformiert wird.

Die Bedeutung und Konsequenzen des Medienwandels würden vor allem im häuslichen Alltag greifbar, so Kathrin Friederike Müller (Universität Münster). Noch vor wenigen Jahren war das Internet nur ein marginales Medium. Nach der Koexistenz von analogen und digitalen Medien dominieren mittlerweile online-basierte Anwendungen. Das Internet fungiere als konvergentes Medium.

„Automatisierte Neoliberalisierung“

Medialisierung berührt auch die Arbeitswelt, die durch Digitalisierung einen grundlegenden Wandel erfahren habe, wie Caroline Roth-Ebner (Universität Klagenfurt) darstellte. Sie macht dabei eine zunehmende Entgrenzung und Flexibilisierung von Raum und Zeit aus: Arbeitsinhalte werden in die Virtualität verlagert und die Distanz zwischen Arbeits- und Privatleben durch die digitale Infrastruktur und Arbeitszeitmodelle minimiert. Dies hat soziale und gesellschaftspolitische Konsequenzen: permanente Erreichbarkeit, oberflächliche Kommunikation, ständiges Multitasking sowie Transparenz und Überwachung mittels digitaler Datenspuren.

Die mediatisierte Arbeitswelt sei eine „riskante Chance“: Die zum Teil durchaus gewünschte Entgrenzung und damit auch Subjektivierung der Arbeit müsse durch die Reflexionskompetenz des Arbeitenden selbst, aber auch durch die Medien- und medienethische Kompetenz des Staates und der Gesellschaft gezähmt werden. Andernfalls drohe die Arbeitswelt dem „Prozess einer automatisierten Neoliberalisierung“ zu unterliegen.

Digitale Ungleichheiten

Die Migrationsgesellschaft der Gegenwart ist von Ungleichheiten geprägt, die schwerlich durch die Analyse von Prozessen innerhalb nationalstaatlicher Grenzen auszumachen sind. Eine transnationale Perspektive auf die Migrationspraktiken von Familien, deren Alltag sich über Staatsgrenzen erstreckt, fördert nach Heike Greschke (Universität Gießen) Überraschendes zu Tage. Sie zeigt, dass Elternschaft auf Distanz in migrationsbedingt getrennt lebenden Familien in besonderer Weise auf Medientechnologien und -kompetenzen angewiesen ist, sodass die „digitale Kluft“ längst nicht mehr zwischen den Ländern des Nordens und des Südens verläuft. Vielmehr werden verschiedene Dimensionen von Ungleichheit – ökonomische, soziale, digitale – in der Migrationssituation entkoppelt, was zu teilweise paradoxen sozialen Positionierungen bzw. der Gleichzeitigkeit von sozialem Auf- und Abstieg der Familien führt.

Die jüngeren Generationen sind für Veränderungen der Information Kommunikation offen und häufig auch Triebkräfte der Veränderungsprozesse. Ulrike Wagner, Direktorin des Instituts Jugend-Film-Fernsehen, analysierte den Prozess der Aneignung politischer Informationen durch Jugendliche. Veränderungen seien vor allem dort auszumachen, wo sich neue Medienhandlungsmuster herauskristallisieren. Andererseits folge das Medienhandeln nach wie vor auch Konstanten und längerfristigen Orientierungslinien.

Insgesamt lassen sich hohe Anteile kommunikativer Aktivitäten im Medienhandeln von Jugendlichen identifizieren: Das Wissen werde vor allem durch Austausch innerhalb der digitalen Öffentlichkeiten vermittelt und gefestigt. Diese Anteile fallen bei Jugendlichen mit niedrigerer Bildung verhältnismäßig höher aus. Für ihre Altersgenossen mit höherem Bildungsniveau bleiben zudem massenmediale Orientierungspunkte wichtig.

Arena des Politischen?

Das Internet und insbesondere die Sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Co. haben in den letzten Jahren die Kommunikation von Politik, Wirtschaft und Medien massiv verändert. Konsumierten potentielle

Wähler bis vor kurzem lediglich Botschaften und war es ihnen daher nur in begrenztem Maße möglich, sich selbst zu Wort zu melden, so hat das Social Web diese Situation nahezu ins Gegenteil verkehrt: Bürger stellen heute ganz direkte Anforderungen an die Politik. Diese Option zur digitalen Partizipation wurde meist euphorisch kommentiert. Doch heute lassen nicht nur die unüberschaubare Macht der digitalen Konzerne vermehrt Zweifel an der Realisierung digitaler Demokratiestrukturen aufkommen.

Vielmehr haben sich, so Caja Thimm (Universität Bonn), digitale Öffentlichkeitsstrukturen herauskristallisiert, die stark fragmentiert sind: Denn immer noch haben nicht alle Zugang in die digitale Welt; vor allem aber entstünde kein gemeinsamer Diskurs. Denn dieser bleibt faktisch auf die Eliten begrenzt; über diese hinaus erfolge die Kommunikation quasi einseitig und wird durch das Phänomen der Filterblase verstärkt: „Man rezipiert vorrangig das, was einen zufrieden und glücklich macht“, so Thimm. Entsprechend programmierte Algorithmen der Suchmaschinen würden diese Tendenz zusätzlich verstärken. Ergebnis ist die Entstehung von „Mini Publics“, also polarisierter Teilöffentlichkeiten (etwa auf Twitter und Facebook), die nebeneinander existieren, aber zwischen denen kein relevanter Diskurs bestünde.

Irrationale Debatten

Hendrik Hansen (Andrássy Universität Budapest) stellte die These auf, dass Soziale Medien Irrationalitäten in demokratischen Debatten verstärken können, da sie zu einem „Herdenverhalten“ animierten. Er präsentierte drei Modelle des politischen Wettbewerbs:

- zum einen die rationale Auseinandersetzung mit Sachfragen, wobei die besseren Argumente den Ausschlag geben;
- zum zweiten das Aushandeln von Interessen, wobei die Kompromissfindung zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen im Fokus steht;
- schließlich der demokratische Wettbewerb als Durchsetzung von Stimmungen.

Gerade angesichts der Tatsache, dass in der heutigen Welt politische Entscheidungen immer komplexer und unüberschaubarer werden, dass moderne (soziale) Medien mehr Stimmungen als Inhalte vermitteln und es dadurch Bürgern schwer fällt, zu beurteilen, welche Positionen in ihrem Interesse sind, gewinnt das dritte Modell an Relevanz. Hier bestünde das Risiko irrationalen Verhaltens: Indem in der Öffentlichkeit immer mehr Stimmungen ausschlaggebend sind, stünden auch politische Akteure in ihrem Ringen um Mehrheiten immer stärker vor einem Konflikt zwischen langfristiger Sachorientierung und kurzfristiger Ausrichtung an der gerade vorherrschenden

Mehrheitsmeinung. „Das Ergebnis ist, dass sich Positionen mit – in kollektiver Hinsicht – negativen Folgen durchsetzen.“ Hansens kulturpessimistisches Fazit lautete: Wenn es zum „Herdenverhalten“ in der Politik komme, sei die Demokratie besonders herausgefördert.

Legitimation durch Kommunikation

Mediatisisierung stellt den politischen Prozess und seine Akteure vor Herausforderungen, da Legitimation durch Kommunikation erfolgt. Nach Ulrich Sarcinelli (Universität Koblenz-Landau) stelle diese Entwicklung zwar höhere Anforderungen an die Medienkompetenz der politischen Eliten, verändere allerdings das Spannungsfeld zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik, das man bereits seit Jahrzehnten beobachte, nicht fundamental. So sei die Piratenpartei gescheitert beim Zusammentreffen mit der realen Welt, die etwas mit Sachkompetenz, physischer Präsenz und Durchsetzungsfähigkeit zu tun habe. Als Gegenbeispiel nannte Sarcinelli den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann: eine Figur, die außerordentlich gut ankomme, was insbesondere der Verbindung von sachlicher Nüchternheit einerseits und einem kompetenten Umgang mit Medien, Nachrichtenproduzenten und Nutzern andererseits geschuldet sei.



Ulrich Sarcinelli: „Medienpräsenz allein bedeutet nicht automatisch eine Legitimationsprämie.“

Für die politischen Eliten gelte nach wie vor, dass eine alleinige Medienpräsenz (zumal ohne Sachkompetenz) nicht automatisch eine Legitimationsprämie bedeute.

Matthias Rath (PH Ludwigsburg) betonte den Stellenwert der Ethik. Dabei ginge es weniger darum, eine neue Ethik für die digitalisierte Welt zu entwickeln, sondern vielmehr die neuen Rahmenbedingungen mittels unseres tradierten Wertesystems zu reflektieren. Eine „gute, mediatisierte Ordnung“ gründe auf dem Dreiklang von Medienauthentizität, Medienqualität und Wahrhaftigkeit. Dieser sei nicht alleine durch mögliche Selbstauflagen seitens der Medien und digitalen Konzerne zu gewährleisten, sondern müsse gesellschaftsweit als allgemeinverbindliche Rahmenbedingung internalisiert werden: Stärkung der Medienkompetenz sei die Aufgabe einer modernen, zeitgemäßen politischen Bildung.

Andreas Kalina

Whistleblower

Verräter, Aufklärer oder Nestbeschmutzer? Eine funktionierende Demokratie braucht Whistleblower

Menschen, die in Unternehmen und Verwaltungen Informationen über Probleme, Missstände, Risiken und Gefahren an die Medien und so an die Öffentlichkeit bringen, handeln als Whistleblower. Sie schlagen Alarm, wo es nötig ist.

EINE VON IHNEN ist Inge Hannemann. Im April 2013 wurde ihr, Mitarbeiterin des Jobcenters team.arbeit.hamburg, ihre „Freistellung vom Dienst bis auf Widerruf“ übergeben. Sie ist damit bei vollen Bezügen von der Pflicht zur „Erbringung ihrer Arbeitsleistung“ vorläufig entbunden. Der Arbeitgeber prüft derweil die Erfolgsaussichten für eine Kündigung und möchte währenddessen die Angestellte möglichst nicht mehr sehen. Was war geschehen?

Das Jobcenter wirft ihr Meinungsäußerungen vor, die sie in ihrer Freizeit in ihrem Blog <http://altonabloggt.wordpress.com/> geschrieben hat. Im Mittelpunkt ihrer Kritik steht die Sanktionspraxis der Jobcenter nach den Paragraphen 31 und 32 SGB II. Davon hat sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen am Arbeitsplatz keine gute Meinung. Sie spricht offen und öffentlich über eine „Sanktionsquote“, die in den Jobcentern vorgegeben würde. Diese Information tauchte schon früher immer mal gerüchteweise auf, wurde aber bisher offiziell nicht zugegeben. Nach einer Reihe von arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen stimmte Hannemann im Dezember 2014 ei-



Inge Hannemann machte ihre Kritik an Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger öffentlich.



© D. BRAUN / PIXELIO.DE

nem Vergleich zu und ist seitdem im Hamburger Integrationsamt tätig. Seit der Wahl vom Februar 2015 ist Inge Hannemann für Die Linke Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

Informantenschutz

Der Hamburger Medienwissenschaftler Johannes Ludwig engagiert sich seit vielen Jahren für Whistleblower und beschäftigt sich wissenschaftlich mit dem Phänomen. Er sagt: „Die an sich rechtswidrige Weitergabe von Informationen kann legitim sein, wenn sie im öffentlichen Interesse erfolgt. Deshalb unterliegen Whistleblower, die mit Medien Kontakt aufnehmen, dem Informantenschutz. Journalisten genießen ein Zeugnisverweigerungsrecht gegenüber der Justiz.“ Whistleblower dagegen, die direkt an die Öffentlichkeit gehen, genießen allerdings keinerlei Schutz.

Deswegen setzt sich Wolfgang Nešković für mehr Schutz für Whistleblower ein. Der frühere Richter am Bundesgerichtshof und Bundestagsabgeordnete der Linken (bis 2012, danach bis 2013 fraktionslos) sagt: „Der Hinweisgeberschutz ist in Deutschland nur fragmentarisch und unzureichend geregelt. Aus Gründen des Allgemeinwohls besteht hier jedoch ein dringender und umfassender Reformbedarf.“ Moderne Gesellschaften seien auf Whistleblower angewiesen: „Redliches Whistleblowing, also rechtzeitiges Alarmschlagen von Beschäftigten und Insidern bei bestehenden oder drohenden schweren Missständen, ist

Die Tagung fand statt in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

eine Art Frühwarnsystem, das große Schäden verhindern helfen kann, gerade auch für Unternehmen.“ Whistleblower, die diesen Namen verdienen, verfolgen damit in aller Regel ethisch-moralische Anliegen. „Sie sind unverzichtbar.“

Rechtlicher Reformbedarf?

Dem widersprach vehement der Geschäftsführer des Handelsverbands Deutschland, Heribert Jörис. Seine Meinung: „Der Hinweisgeberschutz ist in Deutschland in Einklang auch mit internationalen Standards vollkommen ausreichend geregelt. Es bedarf keiner



Heribert Jörис sieht keinen Reformbedarf.

nicht belangt werden können.“ Jörис befürchtet auch ein Ungleichgewicht der Machtbalance im Unternehmen: „Die Drohung mit der Öffentlichkeit wird zunehmend dazu eingesetzt, um den Beschuldigten einzuschüchtern, ihn mit der Einschaltung der Presse, der sogenannten ‚4. Gewalt‘ zu nötigen. Damit wird oft versucht, mit Hilfe der 4. Gewalt die 2. und 3. Gewalt faktisch auszuhebeln.“

Unbeirrte Recherche

Praktische Erfahrungen mit Whistleblowern hat Ullrich Chaussy. Der Radiojournalist vom Bayerischen Rundfunk ist einem größeren Kreis durch seine jahrzehntelangen Recherchen rund um das Oktoberfestattentat in München vom 26. September 1980 bekannt geworden (verfilmt 2013: Der blinde Fleck). Chaussy glaubte nie an die Einzeltäterthese der frühen Ermittlungen. Seine Recherchen führten schließlich dazu, dass der damalige Generalbundesanwalt Harald Range im Dezember 2014 die Wiederaufnahme der Ermittlungen anordnete. Chaussy plädierte für unbedingten Informantenschutz: „Absolute Zurückhaltung und Diskretion empfiehlt sich nicht nur im Interesse der betroffenen Whistleblower. Mit konsequent durchgehaltener Diskretion empfiehlt man sich auch als zuverlässiger Partner. Derjenige investigative Journalist, der die Quelle seiner Informationen preisgibt, wird zum letzten Mal einen Informanten erlebt haben, der sich an ihn wendet.“

Chaussy warnte davor, als Journalist in jedem Whistleblower, der sich entsprechend konspirativ mit geheimen, internen und exklusiven Informationen anbietet, einen „edlen Wilden zu betrachten, der uns ausschließlich aus dem lauteren Quell der Wahrheit bedient“: „Vorsicht mit allzu viel blauäugigem Hype um das Whistleblowing. Es ist eine Chance für den Journalismus. Aber auch eine Gefahr. Es ist keine Abkürzung zu schlüsselfertigen Superscoops im Journalismus. Whistleblowing ist vor allem eine Herausforderung zu unbirrtter eigener Recherche.“



Ullrich Chaussy plädierte für unbedingten Informantenschutz.

© Schröder / Bechtel (bpb)

Angriff auf Pressefreiheit

Erfahrungen mit Generalbundesanwalt a.D. Harald Range hat auch Markus Beckedahl. Der Chefredakteur von www.netzpolitik.org hatte 2015 zweimal Ausschnitte aus einem als „VS-vertraulich“ eingestuften Bericht des Verfassungsschutzes veröffentlicht. Range ermittelte daraufhin gegen Beckedahl wegen Verdachts des Landesverrats (in besonders schweren Fällen bis zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe). In der Folge versetzte Bundesjustizminister Heiko Maas Range in den einstweiligen Ruhestand. Die Ermittlungen gegen Beckedahl wurden im August 2015 eingestellt.



Markus Beckedahl: „Sicherer Informantenschutz ist in digitalen Zeiten schwer geworden.“

In der Vorratsdatenspeicherung und mit dem damit ebenfalls im Klein gedruckten gleich mitverabschiedeten neuen Straftatbestand der „Datenehehlerei“ sieht Beckedahl einen „Angriff auf die Pressefreiheit“. Sicherer Informantenschutz sei in digitalen Zeiten schwer geworden. Seine Redaktion brauche viel technische Medienkompetenz, um

die digitalen Spuren der Recherchen gar nicht erst entstehen zu lassen oder zu verwischen. „Digitale Selbstverteidigung gegen die Sicherheitsbehörden sei unerlässlich. Für viele Journalisten und Informanten gebe es keinen ausreichenden Schutz. „Wir brauchen dringend eine zeitgemäße rechtliche Definition, wer als Journalist bezeichnet wird“, sagte Beckedahl.“

Swen Ennulat, früher Polizist in Sachsen-Anhalt, hat einen ungewöhnlichen Weg hinter sich. In Dessau war er stellvertretender Leiter beim „Polizeilichen Staatsschutz“.

Hingucken nicht erwünscht

Zusammen mit zwei Kollegen hatte er versucht, in Sachsen-Anhalt, das regelmäßig durch eine hohe Zahl neonazistischer Übergriffe auffällt, die rechte Szene einzudämmen. Er wollte genauer hingucken. Doch das genauere Hinsehen war in Sachsen-Anhalt nicht wirklich erwünscht. Nachdem sie eine „Empfehlung“ des Polizeivizepräsidenten („Man muss nicht alles sehen!“) bei der Bekämpfung von neonazistischen Straftaten erst intern kritisiert und anschließend öffentlich gemacht hatten, wurden alle drei aus ihren Ämtern entfernt.

Ennulat ging danach zur Berliner Polizei und wurde später Verwaltungsmitarbeiter in Königs Wusterhausen. Dort fielen ihm Ungereimtheiten bei der Abrech-



Swen Ennulat verlor als Whistleblower mehrmals seinen Job.

nung von Personalkosten einer Kita auf. Wieder wurde der Whistleblower Ennulat aktiv. Nachdem interne Hinweise nicht weiterhalfen, informierte er Journalisten. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Bürgermeister der Stadt. Aber Ennulat war wieder seinen Job los. Die Verwaltung hatte ihren Kritiker kalt gestellt. Aber Ennulat gibt nicht auf. Er bewirbt sich erneut: diesmal bei der Stadt Lübben. Dort ist die Stelle eines Fachbereichsleiters „Ordnung, Bildung und Soziales“ ausgeschrieben. Nachdem ihm die Stelle bereits zugesagt war, machte der Bürgermeister schließlich einen Rückzieher, weil ihn Parteifreunde vor Ennulat gewarnt hatten. Mittlerweile leitet der dreifache Familienvater Ennulat das Jugendamt des Landkreises Teltow-Fläming. Bis zum nächsten Fall für den Whistleblower.

Michael Schröder

Linktipps:

www.ansTageslicht.de
<http://whistleblower-net.de>

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

StRin Barbara Weishaupt

Schulbezogene Projekte und Bildungspolitik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Sebastian Haas M.A.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <http://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Medienethik

Die Macht der strategischen Kommunikation

Das Netzwerk

Medienethik diskutierte das Verhältnis von Journalisten und PR-Managern.

DIE DIGITALISIERUNG ermöglicht ganz neue Formen der Einflussnahme durch Kommunikation. Leben wir in einer medialen Kampfzone der Meinungsbeeinflussung? Das Medienhandeln wird im Zusammenhang von Propaganda, PR und Big Data jedenfalls schwieriger.

Julius van der Laar hat einschlägige Erfahrung. Und er ist Gast der Tagung „Die Macht der strategischen Kommunikation“, die die Akademie gemeinsam mit dem „Netzwerk Medienethik“ und der DGPK-Fachgruppe „Kommunikations- und Medienethik“ veranstaltete. Er hat 2008 und 2012 in zum Teil führender Position die Präsidentschaftswahlkämpfe von Barack Obama mitorganisiert. 2008 entwarf er eine Strategie, um im Bundesstaat Missouri die jungen Wähler zu mobilisieren. Als Youth Vote Director war er der einzige deutsche Wahlkämpfer im Team von Obama.

Überzeugungstäter

Er sagt: „Am Anfang war es eine ‚Grassroots-Kampagne‘ ohne viel Geld, dafür aber mit viel Enthusiasmus für den Kandidaten.“ Alle Freiwilligen waren wie van der Laar „Überzeugungstäter“. Gute Arbeit könne man als Strategieberater nur machen, wenn man an den Kandidaten glaubt. Dazu kamen die Daten-Kampagnen. Die gab es auch schon vorher, aber

das Obama-Team habe die Instrumente verfeinert. Die Käuflichkeit der Wählerverzeichnisse und des gesamten Elektorats erlauben in den USA zwar viel mehr Auskunft über potentielle Wähler und aussichtslose Wahlkreise. „Datenschatz statt Datenschutz“ lautet dort das Motto. Es gelte aber auch der Satz: „Die Daten mobilisieren



Julius van der Laar: „Die Clinton-Kampagne inspiriert nicht zum Mitmachen.“



© RAINER STURM / PIXELIO.DE

nicht, sondern die Botschaft.“ Das ist auch seine Kritik an der aktuellen Kampagne von Hillary Clinton: „Es ist keine Kampagne, die zum Mitmachen inspiriert.“

Misstrauensgesellschaft

Aber zurück nach Deutschland. Die Münchner Kommunikationsforscherin Romy Fröhlich sieht hier einen Trend zur „Misstrauensgesellschaft“: „Jeder hat seine eigene Wahrheit. Niemand hat Recht. Das ist die Stunde der ‚persuasiven Kommunikation‘. Man könnte auch sagen: Propaganda. Fröhlich beobachtet einen Trend zu mehr „Arkan-Politik“: „Immer mehr spielt sich hinter verschlossenen Türen ab. Der Trend geht in Richtung Geheimhaltung und weniger Transparenz.“ Deshalb verfange auch der Vorwurf der „Lügenpresse“. Der ökonomische Druck und die politische Einflussnahme auf die Medien werden größer – siehe Polen und Ungarn. In Deutschland sieht die Medienforscherin die Vielfalt nicht gefährdet – sie befürchtet eher das Gegenteil: einen Information-Overkill.

Der PR-Berater Christopher Storck sieht die Unternehmen am unteren Ende der Vertrauensskala. Schlechter stehen nur noch die Parteien da. Deswegen brauchen Kommunikatoren neue Rollen. Sie müssten Geschichtenentwickler, Identitätswahrer, Reputations- und Risikomanager zugleich sein. Storck konstatiert eine „Überhöhung der Journalisten“: „Sie sind wirtschaftlich abhängig und die Qualität erodiert. Mit welchem Recht sind Journalisten überhaupt so privilegiert?“, fragte der PR-Fachmann.

Thomas Leif, Chefreporter des SWR, kritisierte die Macht der PR-Strategen in den Unternehmen: „PR ist interessengeleitet – Journalismus ist etwas genuin anderes. Lobbyisten und PR-Manager haben das politische Feld besetzt.“ Die Folge: Depolitisierung und Entparlamentarisierung. Pressestellen würden das Material für Journalisten so professionell aufbereiten und geschickt verpacken, dass die es leicht journalistisch veredeln könnten und als scheinbar selbst recherchiertes Material verkaufen könnten. So werde

die Neutralität der Information dem Publikum suggeriert. Sogar in seriösen Medien wie die Financial Times würden Texte eins zu eins von PR-Agenturen übernommen. So betreibe man gezielt Desinformation. Wirtschaftsjournalismus sei von einer besonderen „Hurenhaftigkeit“. Am Beispiel der Autoindustrie zeigte Leif, wie von den Unternehmen bezahlte „Experten“ von Journalisten permanent wie scheinbar unabhängige Wissenschaftler befragt werden.

Die Presse-sprecherin der Hertie School of Governance, Regine Kreitz, hielt das System der Selbstkontrolle hoch: „Nicht das System ist verrottet. Es gibt nur Fehlverhalten Einzelner.“ Sie beobachtet einen generellen Vertrauensverlust in Eliten. Vielleicht kommt dieser Verlust auch aus der Praxis. In die bot Markus Karp einen Einblick. Er war Wahlkampfmanager von Christian Wulff in dessen Zeit als Ministerpräsident von Niedersachsen. Karp schilderte seinen Job als „Kampagniero“ so: „50 Prozent der Zeit Intrigen schmieden, die anderen 50 Prozent Intrigen abwehren.“

Steigende Hysterie

Stefan Kornelius leitet das Außenressort der Süddeutschen Zeitung. Für ihn ist es „schmerzlich zu sehen, was rundum im Journalismus passiert und wie Qualität verloren geht.“ Beschleunigung und Beeinflussung durch Propaganda – zum Beispiel durch Geheimdienste, die bewusste Desinformation betrieben – seien die Hauptgründe für den Glaubwürdigkeitsverlust der Medien. Journalisten müssten mehr und besser erklären. Dazu brauche es aber eine qualitätsvolle Recherche, für die es in vielen Redaktionen keinen Raum mehr gebe. Er sagte aber auch: „Natürlich sind wir nicht allwissend. Bestmöglich Politik beschreiben – mehr geht nicht.“ Auswahl von Nachrichten sei immer ein subjektives Geschäft. Das sei aber noch keine Manipulation.



Stefan Kornelius: „Qualitäts- und Glaubwürdigkeitsverlust der Medien“
© Schröder

Kornelius sieht Anzeichen für eine steigende Hysterisierung der Öffentlichkeit. Durch Polemik werde versucht, das System zu delegitimieren. Dem müssten Journalisten mit Deeskalation vorbeugen. Das Publikum bekäme durch die gestiegene Taktzahl der online-Medien viel mehr mit, verliere gleichzeitig aber die Orientierung. Und die werde von Politik und Medien ebenso verlangt wie Führung. Der Pluralismus

von Meinungen werde kritisiert, weil er angeblich zu Desorientierung und Unübersichtlichkeit führe. Hier gebe es für Journalisten viel zu tun, um die Integration der Gesellschaft nicht zu gefährden.

Michael Schröder

Linktipps:

<http://www.publizistische-selbstkontrolle.de/>
<http://www.netzwerk-medienethik.de/>

Medienpreis geht an Journalistin Alena Jabarine

Mit dem „MedienSpiegel“ wurde in München der ZEIT-Artikel „Kehrt um!“ der Hamburger Journalistin Alena Jabarine ausgezeichnet.



Alena Jabarine bekam den „MedienSpiegel“ für einen Bericht aus einem Flüchtlingslager.

DER „MEDIENSPIEGEL“ wird jährlich vom Verein zur Förderung der publizistischen Selbstkontrolle e.V. (FPS) vergeben.

Der Artikel „Kehrt um!“, der am 3. November 2015 in ZEIT Online erschien, erzählt über die menschliche Krise, in die die Journalistin gerät, als sie plötzlich von sich unvereinbar gegenüberstehenden Parteien zur Vermittlung gezwungen wird. Als arabisch sprechende Journalistin wird sie von der Berichterstatterin zur Vertrauten und zur Autorität für Flüchtlinge – und zugleich instrumentalisiert, die flüchtenden Menschen zu bewegen, sich in ein Lager der slowenischen Polizei zu begeben. Unfreiwillig zur Akteurin geworden, bleibt ihr nur noch der Rückzug. Die Erschütterung und die menschliche Tragödie zeigen eine ganz andere Präsenz von Journalistinnen und Journalisten zwischen Berichtspflicht und menschlicher Anteilnahme.

Dieser Beitrag erfüllt nach Meinung der Jury des „MedienSpiegel“ die Kriterien des 2016 zum ersten Mal verliehenen medienethischen Preises in besonderer Weise: „Aufgezeigt wird ein Rollenkonflikt von allgemein moralischer und rollenspezifischer Perspektive einer Journalistin, wobei auf die öffentliche Rolle von Journalismus und der Schwierigkeit, eine wirklich ‚objektive‘ Position einzunehmen, verwiesen wird.“

MS

(siehe auch Seite 5)

Datenschutz

„Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts“

Der wichtige Unterschied: Die Ölrroräte sind endlich

Christian Flisek, SPD-Bundestagsabgeordneter und Obmann seiner Fraktion im NSA-Untersuchungsausschuss, sprach bei der Internationalen Schülerakademie in Passau über „Datenschutz in Deutschland und Europa – Deutschland als Vorbild für die EU?“*.

IM BUNDESTAG beschäftigt sich Flisek täglich mit dem richtigen Umgang wichtiger Daten. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses dreht sich zwar um die Rolle der sogenannten „Five Eyes“, einer Kooperation mehrerer Geheimdienste, und damit um die Aktivitäten deutscher Geheimdienste im immer noch schwelenden Abhörskandal zwischen den westlichen Bündnispartnern. Doch auch jenseits der Geheimdienstwelt ist Datenschutz ein immens sensibles Thema. Der Umgang mit Daten gehe jeden Bürger der EU an, so Flisek. Denn „Daten, insbesondere personenbezogene Daten, sind kein freies Gut, mit dem jeder machen kann, was ihm gerade einfällt“ – weder der Staat, noch die globalen Konzerne, Vereine, Verbände und Mitmenschen.

Informationelle Selbstbestimmung

Deutschland könne auf eine lange Tradition im Schutz personenbezogener Daten zurückblicken. Bereits 1983 sei durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung ein „ungeschriebenes Grundrecht“ auf informationelle Selbstbestimmung verankert worden. Diese Tradition sei nun durch die europäische Datenschutz-Grundverordnung unionsweit gültig: „Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem internationalen Datenschutzrecht“, wie Flisek anmerkte.

Der Grundsatz der Datensparsamkeit sollte ebenso in staatlichen und wirtschaftlichen, aber auch in gesellschaftlichen und privaten Kontexten als Maxime gelten. Dabei ginge es nicht darum, Daten zu ver-



Christian Flisek sprach vor Schülern und Studierenden an der Universität Passau.

© Haas

meiden. Dies sei in unserer modernen Welt weder möglich, noch sinnvoll. Es gehe vielmehr darum, den richtigen, stets bedachten Umgang mit den eigenen Daten zu erlernen und zu praktizieren. Dieser Appell richtete sich vor allem an die jüngere Generation – zumal diese auch den künftigen Umgang mit Daten maßgeblich mitgestalten wird.

Flisek sprach im Rahmen einer Politiksimulation, bei der 65 Schülerinnen und Schüler aus Deutschland, Österreich, Tschechien, Rumänien und Bulgarien zwei Tage lang mit simulierten Verhandlungen den Entstehungsprozess und die inhaltlichen Kernpunkte der europäischen Datenschutz-Grundverordnung nachvollzogen haben. Die Akademie und ihre Kooperationspartner erhoffen sich so, nicht nur das Thema des Schutzes der eigenen Daten stärker in das Bewusstsein der jungen Teilnehmer zu rücken, sondern vor allem auch Sensibilitäten für die komplexen Entscheidungsprozesse und -logiken in der Europäischen Union zu wecken und insgesamt ein reflektiertes Verständnis für die Besonderheiten, Notwendigkeiten und Ziele des europäischen Integrationsprojektes zu fördern. Und nicht zuletzt geht es darum, politische Teilhabe im Allgemeinen schmackhaft zu machen – und bestenfalls für diese auch zu begeistern: sei es auf der Kommunal-, der Landes- oder Bundesebene, sei es auf der EU-Ebene.

*Robert Lohmann
Andreas Kalina*

* Im Rahmen der „Internationalen Schülerakademie: EuropaPolitik erleben!“ in Kooperation mit dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik an der Universität Passau und mit EuropeDirect

Migrationsdebatte

Woher kommt der Hass? „Ausländerfeinde“ gegen „Gutmenschen“

Seit Monaten spaltet die Diskussion über die Flüchtlings situation das Land.

AUF DER EINEN SEITE fordern viele Bürgerinnen und Bürger einen humanitären Umgang mit den Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen, und sind auch bereit, sich ehrenamtlich für die Geflüchteten zu engagieren. „Pegida“-Anhänger demonstrieren gegen vermeintliche Überfremdung und die AfD erzielt zweistellige Umfrage- und Wahlergebnisse. Im Internet fallen die Menschen übereinander her und bezichtigen sich, naive „Gutmenschen“ oder „Ausländerfeinde“ zu sein. Das gegenseitige Verständnis ist so groß, dass ein konstruktiver Meinungsaustausch und die gemeinsame Suche nach Kompromissen und Lösungswegen kaum mehr möglich erscheinen.

Der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer und sein Team haben ab Ende 2014 empirisch untersucht, wie sich die „Pegida“-Demonstrationen in Dresden zusammensetzen: Dafür wurden rund 400 Teilnehmer befragt. Seine Analyse des durchschnittlichen „Pegidisten“:

Er entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet und überwiegend berufstätig. Er verfügt über ein Nettoeinkommen, das für sächsische Verhältnisse leicht über dem Durchschnitt liegt, er ist 48 Jahre alt, zu 70 Prozent männlich und nicht religiös. Er weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt zu 40 Prozent aus Dresden und zu ebenfalls 40 Prozent aus dem sächsischen Umland.

Grundlegende Ressentiments

Die meisten Demonstranten hätten grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern. Stark ausgeprägt seien Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam. „Pegida“ sei eine rechts-populistische Bewegung (auch und vor allem die Organisatoren und Redner haben Kontakte ins rechts-



Hans Vorländer: „Die Organisatoren der ‚Pegida‘-Bewegung haben Kontakte ins rechtsextreme Milieu.“

© Haas

extreme Milieu), und vertritt die „Überhöhung der eigenen Gruppe“ und ein „Attitüde der allgemeinen Empörung“.

Denn: Hauptmotiv für die Teilnahme an den montäglichen Demonstrationen („Spaziergängen“) ist eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Politik und der „Lügenpresse“. Die Demonstranten hätten das Vertrauen in beide Institutionen verloren. Die konkrete Praxis der Demokratie sei für die „Pegida“-Anhänger nur schwer einzuschätzen. Sie fühlen sich mit ihren eigenen Problemen nicht gesehen und wahrgenommen („Die da oben – wir da unten“). Insgesamt ist die Zahl der Nichtwähler, das „Lager der Enttäuschten“, in Sachsen groß. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen lag bei nur 49 Prozent. Vorländer gab zu bedenken, dass die AfD bei den drei Landtagswahlen im März 2016 vor allem im Lager der Nichtwähler sehr stark zulegen konnte.

„Pegida“- und AfD-Anhänger würden in Parallelwelten leben, die mit der Wirklichkeit nicht kompatibel seien. Darin würde

man sich wechselseitig bestätigen und glauben, dass man die Mehrheit sei. Vorländer vertrat die Ansicht, dass die Kölner Silvesternacht den öffentlichen Diskurs verändert habe, ihn transparenter und differenzierter gemacht hat. Sowohl die Flüchtlingsströme als auch die seitens vieler Bürger gefühlte große Verunsicherung werde weiter bestehen.

Sibylle Kölmel

Buchtipps zum Thema:

Hans Vorländer u.a.: PEGIDA – Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Springer-Verlag Heidelberg, 2016.



© STUTTMANN

Sport und Politik

Kein faires Spiel: Doping, Korruption und Kommerz

Sport gerät immer mehr in Verzug: Die FIFA rückt in die Nähe des Organisierten Verbrechens. Der DFB wird vom größten Skandal seiner Geschichte erschüttert, Spitzenvfunktionären des Leichtathletikverbands IAAF werden kriminelle Machenschaften vorgeworfen und die Welt-Anti-Doping-Agentur Wada deckt staatlich gelenktes Doping auf.

AUCH AUF INDIVIDUELLE EBENE gehören Betrug und Unfair Play zur alltäglichen Begleiterscheinung – häufig geduldet, wenn nicht gar gefördert durch institutionelle oder staatliche Strukturen. Die Vergabepolitik bei globalen Großveranstaltungen scheint immer delikater, zumal Offerten aus Russland, China, Aserbaidschan oder den Golfstaaten mit Regelmäßigkeit den Zuschlag erhalten – oft mit fragwürdigen Entwicklungsplänen.

Sport ist seit jeher stets ein Machtinstrument – und für Missbrauch anfällig. Gleichzeitig stellt er gesundheitsfördernde, integrative, pädagogische und friedensstiftende Angebote zur Verfügung. Aber wegen der anhaltenden Kommerzialisierung gerät der Breitensport ins Hintertreffen. Insofern gilt es, gerade auch in den Sozialwissenschaften die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Sport, Gesellschaft und Politik zu fokussieren und die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen zu beleuchten.

„Betrug und Manipulation bei sportlichen Großereignissen gehören zum Alltag.“ Mit dieser Feststellung provozierte der investigative Sportjournalist Jens Weinreich und zeigte kriminelle Machenschaften und Netzwerke auf. Eine historische Zäsur sieht er in der Festnahme zahlreicher FIFA-Funktionäre Ende



Sportjournalist Jens Weinreich gilt bei der FIFA als persona non grata.

STUTTMANN



Mai vergangenen Jahres. „Das war ein Dammbruch, seit dem vieles anders ist im Weltsport.“ Den Enthüllungen in den Medien, dem öffentlichen Aufschrei und dem entschlossenen Handeln der (US-amerikanischen) Justiz sei es zu verdanken, dass die Sache ins Rollen gekommen ist und nun auch erstmals die Schweizer Justiz ermittelt.

Kein Wettbewerb

Stein des Anstoßes ist für den Journalisten die un durchschaubare Organisation von FIFA und IOC, die sich auf zahllose, intransparente Geschäftsbeziehungen gründet. Ein Franchisesystem mit Knebelverträgen und Staatsbürgschaften führt demnach zu einer „Kultur des Schweigens“, in der Geschädigte lieber nicht vor Gericht gehen und stattdessen mit Geld abgefunden würden.

Als Beispiel führte Weinreich ein Qualifikationsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft 2010 zwischen Frankreich und Irland an. Irland habe von der FIFA Geld erhalten, damit es trotz eines offensichtlichen Regelverstoßes nicht vor Gericht ginge. Dass die Weltverbände als Monopolisten keinerlei Wettbewerb unterliegen, kritisierte der Sportexperte ebenso wie die Korruption. Allein der gerichtlich dokumentierte Umfang der Schmiergelder beläufe sich auf 142 Millionen Schweizer Franken (rund 130 Millionen Euro).

Weinreich, der bei der FIFA als persona non grata gilt, sieht aber nicht nur im Fußball, beim IOC und in der IAAF Probleme. Gang und gäbe sei in vielen anderen Sportverbänden beispielsweise das „Freikaufen“ bei Doping. Dagegen kontert er: „Sport ist nur sinnvoll, wenn er echt ist.“

Wie sich Zivilgesellschaften durch Sport entwickeln können, machte Heather Cameron (Freie Universität Berlin) am Beispiel eines Volleyball-Projekts für Mädchen in Afghanistan sowie eines Box-girls-Projekts in Südafrika deutlich. Beide wirkten jeweils auf drei Ebenen: auf die Gesellschaft im Sinne einer integrativen Teilhabe, auf die lokale Gemeinschaft, indem die Ausbildungschancen stiegen, und auf das Individuum im Sinne der Gesundheitsförderung, der Steigerung des Bildungserlebnisses und der Ausbildung eines Gefühls für Fairness und Toleranz: „Sport bringt nicht den Frieden in die Welt. Aber er kann dazu einen kleinen Beitrag leisten.“



Heather Cameron: „Sport kann einen kleinen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten.“

Prestigeprojekte

Sportliche Großereignisse wirken sich vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern auf die Bevölkerung aus. Häufig gehen Olympische Spiele oder Fußball-Weltmeisterschaften auf Kosten von Kindern und Jugendlichen vor Ort. Mit dem Projekt „childrenwin“ dokumentierte Marianne Meier von Terre des Hommes die Auswirkungen auf die Altersgruppe der bis zu 18-Jährigen.



Marianne Meier zeigte die Auswirkungen von Großveranstaltungen auf Jugendliche.

„Childrenwin“ zeigt positive und negative Effekte, die vor, während und nach den Sportveranstaltungen entstehen. Wichtig sei vor allem hinzuschauen, was nach Großereignissen passiere, ob beispielsweise dann der Strom abgestellt werde oder die Maßnahmen zur Reinhal tung der Luft plötzlich nicht mehr greifen.

Sport verbindet Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen, gleich welchen Geschlechts sie sind, welcher Schicht sie angehören, welche Religion sie ausüben, gleich ob sie als Deutsche oder als Gäste in unserem Land leben – und gleich, ob gesunde Menschen oder Menschen mit Behinderungen.

Nicht erst seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention ist Inklusion im und durch Sport ein relevantes Thema. Stefan Winter und Anna-Lena

Würbach vom Deutschen Alpenverein) illustrierten am Beispiel des Kletterns (!), wie Inklusion im Breitensport umgesetzt werden kann und welche Herausforderungen sie mit sich bringt. Inklusion und Integration reüssierten vielmehr erst dann, wenn sie der inneren Überzeugung folgen: „Das tut uns allen gut und schafft eindrucksvolle Erlebnisse. Der gemeinsame Spaß an der Sache muss im Vordergrund stehen.“

Der Inklusionsansatz verfolge dabei nicht nur die Zielsetzung, dass jeder, egal ob er ein Handicap hat oder nicht, gleichwertiges Mitglied unserer Gesellschaft ist. Es gehe auch um die „physische“ Integration: Tipps, Tricks und Hilfestellungen zu geben, wie man Barrieren überwindet.

Sport und Protest

Sport ist nicht nur ein Machtinstrument, sondern dient auch als Projektionsfläche für Protest. Diese Verknüpfung von sportlichen und nicht-sportlichen Interessen in Geschichte und Gegenwart nahm Jürgen Mittag von der Deutschen Sporthochschule Köln unter die Lupe.

Proteste treten aus verschiedenen Motivationen und in unterschiedlichsten Formen auf: ob in Prag das tschechoslowakische Eishockeyteam während der Weltmeisterschaft 1969 die sowjetische Invasion „vergilt“, ob sich in Hamburg Olympiabefürworter und -gegner streiten oder die Fans von Borussia Dortmund mit Tennisbällen im Stadion gegen Ticketpreiserhöhungen aufbegehen. Die Bandbreite der verschiedenen Protestmotive, -aktivitäten und -arten verdeutlicht, in welchem Ausmaß Protest (insbesondere) im organisierten Spitzensport seinen Platz gefunden hat. Die mediale Nachhaltigkeit von Protestbekundungen bei sportlichen Ereignissen sei allerdings begrenzt, kritisierte der Forscher: „Der Protest bzw. seine Wahrnehmung verebbt in aller Regel, wenn der Ball auf dem Platz rollt.“



*Jürgen Mittag: „Der Protest verebbt, wenn der Ball rollt.“
© Zerbel*

Umweltbelastungen

Korbinian Freier vom Bayerischen Landesamt für Umwelt analysierte die Problematik der Umweltbelastung durch Sportkleidung: Outdoor-Kleidung, Tourenausrüstung und insbesondere Bergstiefel sind mit toxischen Stoffen beschichtet. Die Chemikalien sind weder wasser- noch fettlöslich und nicht abbaubar.

Diese Schadstoffe finden sich auch im Feuerlöschschaum und im Skiwachs. Sie werden über die Atmosphäre in die Umwelt getragen – bis in entlegenste Bergregionen.

Auch beim Sport werden immer mehr Trends zur Kommerzialisierung und Medialisierung sichtbar. Wie bleibt Sport ein gesellschaftliches Allgemeingut? Gerd Nufer, Direktor des Deutschen Instituts für Sportmarketing, sagte, dass die wirtschaftswissenschaftlichen Prinzipien nicht ohne weiteres auf den Sport übertragen werden können. Es handele sich beim Sport um ein Gemeingut, das für jeden einzelnen unabhängig von seinem finanziellen Potenzial zugänglich sein sollte. Zum anderen seien Sportler wie auch Sportfans mehr als nur Konsumenten und Zuschauer: Vielmehr nehmen sie die Rolle eines „Prosumers“ (Prosumer = Producer + Consumer) ein.

Günther Lommer, Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbands und damit „Chef“ von über 12.100 bayerischen Vereinen mit rund 4.5 Millionen Mitgliedern, meinte, der Breitensport würde sowohl durch die Skandalisierung infolge der Exzesse im Profisport und Fehlentwicklungen in den Weltverbänden als auch durch die Kommerzialisierung zunehmend herausgefordert. Sein Verband gerate immer mehr in die Defensive. Breitensport müsse aber weiter ausgebaut werden: Dazu gehöre die Unterstützung des Schulsports wie für das Ehrenamt im Sport. Sport sei als Integrationsfaktor in Zeiten von Migrationskrisen wichtiger denn je.

Schwarze Schafe in weißen Kitteln

Lothar Schwarz ist Leiter des Instituts für Sport- und Präventivmedizin an der Universität des Saarlandes und langjähriger Teamarzt der deutschen Triathlonnationalmannschaft.

Er sieht Doping primär als Problem des Hochleistungssports. Es gäbe Anreize, da alle Beteiligten profitierten: der gedopte (aber nicht entdeckte) Athlet durch seinen Sieg, sein Verband und Trainer durch das Prestige und die Sponsoren durch ein werbeträchtiges Aushängeschild. Alle wollten „am modernen Heldenstum des Siegers partizipieren.“ Viele Ärzte machten mit – obwohl insgesamt die „schwarzen Schafe in weißen Kitteln relativ rar“ seien.



Lothar Schwarz rät zur Verschärfung der Doping-Kontrollen und spürbaren Sanktionen.

Schwarz rät zur Verschärfung der Kontrollen und spürbaren Sanktionen – auch für Ärzte. Auf der anderen Seite müssten saubere Sportler geschützt werden. Dabei sollte man auch den Freizeit- und Amateursport nicht aus dem Blick verlieren. Der Missbrauch schädlicher und verbotener Substanzen greife immer stärker um sich.

Anti-Doping-Kampf

Für einen erfolgreichen Anti-Doping-Kampf braucht es allerdings eine effektive Sportgerichtsbarkeit. Udo Steiner, Mitglied des Deutschen Sportschiedsgerichts und Vorsitzender der Anti-Doping-Kommission des Deutschen Olympischen Sportbundes, kann diesbezüglich eine positive Entwicklung ausmachen: So weise die deutsche Sportgerichtsbarkeit mittlerweile hochprofessionelle Strukturen auf und auch die Verbandsgerichtsbarkeit sei konsequent tätig. Ebenfalls wirke das neue Anti-Doping-Gesetz in die richtige Richtung, indem es neben der Schaffung des Straftatbestands des Selbstdopings bisher geltende Straftatbestände erweitere, die der Verfolgung der Hintermänner und der Bekämpfung des Dopingmarktes dienen.



Udo Steiner: „Die FIFA schafft ihre Reformen leichter als die Kurie.“

Gerade im Sportbereich habe die Schiedsgerichtsbarkeit einen legitimen Platz – und zwar zur Klärung und Ahndung illegaler Aktivitäten und Tatbestände auch jenseits von Dopingvergehen. Vor allem die Entwicklung des Internationalen Sportgerichtshofs CAS sieht Steiner auf einem guten Weg: Dies macht er nicht nur an der Verfahrenspraxis fest, sondern auch an der Tatsache, dass sich seiner Rechtsprechung mit der FIFA und dem IOC mittlerweile auch die größten Weltverbände unterworfen haben.

Die Etablierung der Schiedsgerichtsbarkeit sowie die Effektivierung des Sportrechts, die mediale Fokussierung und das wachsende öffentliche Bewusstsein hätten dazu beigetragen, dass insbesondere auch die verkrusteten Weltverbände problembewusster agieren und offener für Reformen geworden sind. So ist Udo Steiner auch zuversichtlich, wenn er mit einem leichten Augenzwinkern feststellt: „Die FIFA schafft ihre Reformen leichter als die Kurie.“

*Andreas Kalina
Miriam Zerbel*

Psychiatrie

Weg vom Zwang – hin zu mehr Freiheit

Vor 40 Jahren brachte die Psychiatrie-Enquête die menschenunwürdigen Zustände in den psychiatrischen Kliniken Deutschlands der Öffentlichkeit ins Bewusstsein. Die folgende Reform wurde nicht vollendet.



© CHRISTA EL KASHEF / PIXELIO.DE

DIE BUNDESTAGS-ENQUETE FORDERTE, dass zunächst einmal „die humanen Grundbedürfnisse“ der Patienten zu gewährleisten wären. Bis Anfang der 1970er Jahre war es durchaus üblich, dass in psychiatrischen Anstalten 20 Erkrankte in einem Raum untergebracht wurden. Schwierige Patienten wurden auch schon mal an Heizungen gefesselt. Doch die folgende Reform blieb stecken: Nach wie vor gilt die Anwendung von Zwang in der Psychiatrie größtenteils als unerlässlich. Es gibt geschlossene Unterbringungen und – auch in Bayern – noch die Unterbringung von bis zu sechs Patienten in einem Raum. Auch die Realität des Betreuungsrechts, wonach es gesetzliche Betreuer gibt, die 120 Menschen „betreuen“, gibt Anlass zur Kritik.

Weg von der Stigmatisierung

Betroffene beschreiben diese Zustände weiterhin als unerträglich. Gemeinsam mit dem Bayerischen Verband der Psychiatrie-Erfahrenen (BayPE) und dem Bayerischen Bezirkstag veranstaltete die Akademie eine Tagung über „Neue Wege in der Psychiatrie“ und erkundete dabei Möglichkeiten zur Destigmatisierung psychischer Erkrankungen und zur Vermeidung von Zwang. Martina Heland-Gräf vom BayPE zitierte dazu mit Klaus Dörner einen wichtigen Anstoßgeber der Psychiatriereform: „Solange ich von Profis umzingelt bin, bin ich nicht integriert.“ So ist es ein wesentliches Moment der Reformen, eine niedrigschwellige Versorgung psychisch Kranker zu gewährleisten, die besser in deren Familien und zu Hause stattfindet als auf der Station

eines Krankenhauses. Dieses Anliegen unterstützte auch Celia Wenk-Wolff, die für die psychiatrische Versorgung der bayerischen Bezirke zuständig ist.

Funktionen und Krankheiten

Über das schwierige Verhältnis von Psyche, Krankheit und Gesellschaft sprach der Hamburger Philosoph Thomas Schramme. Im somatischen Bereich ist Gesundheit die Abwesenheit von Krankheit. Die zeigt sich in Funktionsstörungen. Als wissenschaftliche Disziplin muss die Psychiatrie in der Lage sein, Funktionen der Psyche beschreiben zu können, andernfalls wäre sie lediglich ein Aussortieren unerwünschter Personen. Schließlich gelte es zu beachten, dass nicht jede Dysfunktion auch schon eine Krankheit ist. Manche Dysfunktionen werden individuell gar nicht als störend erlebt, wie etwa die Gehörlosigkeit, weshalb der Krankheitsbegriff hier unpassend wäre.

Doch darüber, was eine Dysfunktion für das je eigene Leben bedeutet, gibt es keine allgemeine Theorie. So ist es im Bereich der Psyche besonders schwierig, wissenschaftlich angeleitete Diagnostik und daraus abgeleitete Therapien mit der individuellen Selbstbestimmung zu vereinbaren, die auch im Bereich der Psychiatrie grundlegend ist. Schließlich werden der Psychiatrie durch das Instrument der Unterbringung gegen den Willen des Patienten (Zwangseinsweisung) auch polizeiliche Aufgaben zugewiesen. Gerade bei dem Argument der öffentlichen Ordnung ist zu fragen, wie viel



© PIXABAY

Anderssein eine Gesellschaft zu ertragen hat. Schließlich sei auch die Ablehnung medizinischer Maßnahmen noch kein Beweis für den Verlust der Selbstbestimmungsfähigkeit, denn das individuelle Wohl bemasse sich nicht nur an der medizinischen Normalität. Auch der „aufgeklärte“ Diskurs der Selbstbestimmung kann noch zur „Beschlagnahmung des persönlichen Wohls“ führen, so Schramme.

Stichwort Bürgerhilfe

Eine wichtige Barriere insbesondere gegen professionelle Bevormundung ist die aus Bürgerinitiativen entstandene Bewegung der Bürgerhilfe. Ihr Konzept wurde von Gerd Schulze, Vorstand im Dachverband

wandtschaft geschlossener Stationen mit Gefängnissen vor Augen. Dazu zitierte er auch den UN-Sonderberichterstatter über Folter, der deutlich gemacht habe, dass jede unfreiwillige Behandlung ein Fall von Folter sei. Zudem eigne der Arzt-Patienten-Beziehung stets ein Zug zur Vergegenständlichung des Patienten.

In Deutschland gibt es aber lediglich eine Klinik, nämlich das St. Marien-Hospital in Herne, die als zwangsfrei gelten kann. Hier gibt es nur offene Stationen, ohne dass eine Auswahl an Patienten getroffen würde. Das Konzept der offenen Psychiatrie wird dort schon seit 1980 realisiert. Zu den sonst häufiger angewandten Zwangsmaßnahmen zählten etwa Iso-



Chefarzt Martin Zinkler (Bildmitte) bei einer Demonstration gegen Zwangspräziation vor dem Bundesgesundheitsministerium
© privat

der Gemeindepsychiatrie, vorgestellt. Niedrigschwellige Versorgungsangebote, die insbesondere das soziale Umfeld eines Erkrankten mit seinen Ressourcen nutzt, sind gut geeignet, die Exklusion psychisch Erkrankter zu verhindern.

Unerlässlich ist dabei das Gespräch mit den Psychiatrie-Erfahrenen. Das bestätigten auch Kathrin Sonnenholzner (SPD), die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bayerischen Landtag, und der CSU-Landtagsabgeordnete Bernhard Seidenath. In Bayern wird derzeit ein Psychisch-Kranken-Hilfegesetz vorbereitet, dass idealerweise eine inklusionsorientierte Versorgung von psychisch Erkrankten befördern soll. Die Schilderungen aus der Realität der psychiatrischen Versorgung sorgten aber auch bei den Abgeordneten für Erstaunen.

Zwanglose Realität

Die Mehrzahl der psychiatrischen Kliniken führen offene und geschlossene Stationen. Der Heidenheimer Chefarzt Martin Zinkler führte eindringlich die Ver-

lieren und Festhalten, aber auch Medikamente und die sogenannte Unterbringung. Auch in seiner eigenen Klinik, so Zinkler, blieben die Türen offen, selbst wenn die Polizei jemanden bringe.

Würde wahren

Zinkler führte gleich eine ganze Reihe von Maßnahmen auf, die zu einer würdewahren und zwangsfreien psychiatrischen Versorgung beitragen können: „Dabei sein und sich gegenseitig über gewaltfreien Umgang versichern, immer wieder gegensätzliche Positionen austauschen und aushalten, Unterstützung nicht zurückziehen („Wir können Ihnen nicht helfen, wenn Sie keine Medikamente nehmen“), Behandlungskonferenzen mit den Patienten (offener Dialog), Bewegungstherapie, Musiktherapie, Behandlungsvereinbarungen und Peer support.“ Es kommt also – wie im gesamten Prozess der Inklusion – ganz wesentlich auf die Haltung gegenüber verletzlichen Personen an, um deren gleiche Freiheit zu sichern. 

Michael Spicker

Erziehung

Zucht und Ordnung

Die Tagung „Zucht und Ordnung: Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive“ beleuchtete die Frage von körperlicher und seelischer Züchtigung in der Geschichte.

DIE PATRIA POTESTAS galt beinahe unumschränkt. So hatte der Vater im Römischen Reich eine nahezu unbegrenzte Macht über seine Kinder. Bis in das 4. Jahrhundert hinein war sogar die Kindstötung straffrei. Es sollte noch sehr lange dauern, bis es zu einer völligen sozialen Ächtung von Gewalt gegen Kinder kam. Erst 1979 schaffte Schweden das elterliche Züchtigungsrecht ab – und hatte damit eine Vorreiterrolle in Europa inne. Seither folgten 22 weitere europäische Staaten. Heute ist es z.B. überall in Europa Lehrkräften verboten, ihre Schüler zu züchten.

Wandel der Akzeptanz

Erstaunlich wenig wurde bisher in der Geschichtswissenschaft zum Topos Gewalt gegen Kinder geforscht. Die Tagung „Zucht und Ordnung: Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive“ an der Akademie sollte deshalb die Kontextualisierung dieses wichtigen Themas vorantreiben. Forscherinnen und Forscher aus Deutschland, der Schweiz und den USA diskutierten die Frage der Gewalt gegen Kinder von der Antike bis ins ausgehende 20. Jahrhundert. Die Referentinnen und Referenten gingen insbesondere der Frage nach, wo die Grenze zwischen Sag- und Unsagbarem, zwischen Akzeptiertem und Sanktioniertem lag. Hier zeigte sich, dass diese Grenze zwischen akzeptierter und sanktionierter Gewalt gegen Kinder im Zeitverlauf immer wieder einem Wandel unterworfen war, der durch gesellschaftliche Normen geprägt war. Auch gibt es geschlechtsbezogene Spezifika kindbezogener Gewalt.

Steigende Gewaltfreiheit

Der Anteil derjenigen Menschen, die gewaltfrei erzogen wurden, stieg seit 1979 in Europa von 26 auf 52 Prozent an. Diese Zahl erscheint erst einmal relativ niedrig, das Bild ändert sich aber, wenn man ausschließlich die jüngere Generation betrachtet. 63 Prozent der 16 bis 20-Jährigen in Deutschland, in Schweden sogar 86 Prozent, sind gewaltfrei erzogen worden. Es wird also jungen Menschen in der Gegenwart nicht mehr vermittelt, dass harte Strafen

sein müssen und dass sich der Stärkere einfach über den Schwächeren hinwegsetzen darf. Dies hat die erfreuliche Wirkung, dass junge Menschen heute viel weniger als früher ein buchstäblich angeschlagenes Selbstbewusstsein als Folge von Gewalt haben. In den USA, das sei nur am Rande bemerkt, ist dies anders. Hier ist körperliche Züchtigung noch weit eher sozial anerkannt als in Europa. In 19 Bundesstaaten, zumeist im Süden, dürfen Lehrer weiterhin Schüler züchten. 85 Prozent der Menschen sind mit Schlägen großgeworden – im Vergleich zu 48 Prozent in Europa.

Verbot in Bayern erst seit 1983

Wir können also bis heute nicht von einer einheitlichen Entwicklung in allen westlichen Industrienationen ausgehen. Die Tutzinger Tagung machte deshalb deutlich, wie wenig es das Fortschrittsparadigma ermöglicht, zeitliche Entwicklungen in Hinblick auf Ge-



1935 war Züchtigung eine normale Erziehungsmaßnahme.
© Bundesarchiv, Bild 183-R79742/CC-BY-SA 3.0

walt gegen Kinder zu erklären. Vielmehr ist erstaunlich, wie zählebig die patria potestas doch letztlich war. Nur ganz langsam setzte ein Umdenken ein, so auch in Bayern. Hier ist es Lehrkräften erst seit 1983 verboten, Schüler zu züchten. Kurz zuvor noch war ein Erdkundelehrer, der seine Schüler geohrfeigt hatte, von einem Gericht dafür mit folgender Begründung freigesprochen worden: „Im Gebiet des Freistaats Bayern besteht ein gewohnheitsrechtliches Züchtigungsrecht insoweit, als der Lehrer an Volksschulen die von ihm unterrichteten Knaben körperlich züchten darf.“ Gewohnheiten lassen sich glücklicherweise ändern. Andererseits gibt es heute Einzelfälle, in denen Lehrer den körperlichen Übergriffen ihrer Schüler ausgesetzt sind. Tempora mutantur.

Michael Mayer

Akademiegespräch am See

Brexit or no Brexit – That Is the Question

Eine britische Frage, ihre Hintergründe und Konsequenzen

Am 23. Juni 2016 entscheiden die Briten über ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Der Ausgang dieses Referendums über einen möglichen Brexit wird – wie auch immer es ausfällt – Folgen für das europäische Integrationsprojekt und das Vereinigte Königreich selbst haben.

BEIM „AKADEMIEGESPRÄCH AM SEE“ diskutierten der Journalist und Autor Thomas Kielinger (Korrespondent für DIE WELT in London) und der britische Wissenschaftler und Kommentator Hans Kundnani die innen- wie europapolitischen Aspekte dieser aktuellen britischen „Schicksalsfrage“ und forschten nach deren Ursachen. Es ging um mögliche Konsequenzen – für die britische Innenpolitik sowie für das (Selbst-)Verständnis und die Rolle Großbritanniens als europäische Führungsmacht und damit nicht zuletzt um Auswirkungen auf die künftige Verfasstheit der Europäischen Union.



©TOMICEK

Die Triebkräfte des Referendums sind gerade die auf der Insel hochgehandelten Souveränitäts- und Freiheitsansprüche, die die Briten den europäischen In-



Thomas Kielinger (rechts) und Hans Kundnani prognostizieren, dass es nicht zum Brexit kommen wird.

© Haas

tegrationsprozess vorrangig als ein ökonomisches Projekt verstehen lassen, das die nationale Eigenständigkeit aber nicht (substanzell) tangieren dürfe. „Für die Briten war es schon immer undenkbar, Souveränität an Brüssel abzugeben“, erklärte Thomas Kielinger mit Verweis auf die sogenannte Insidentalität und die Freiheitsliebe.

Verengter Diskurs

Eine Begrenzung auf rein ökonomische Aspekte und die Kontrastierung zu Europavorstellungen auf dem Kontinent hält der Brite Kundnani allerdings für überzogen. Er verwies darauf, dass es auch in den anderen europäischen Ländern um knallharte wirtschaftliche Interessen geht. Gleichwohl habe sich der britische Europadiskurs in den letzten Jahren noch einmal verengt – wie auch in den anderen Mitgliedsländern auf dem Kontinent. Nach den wesentlichen Integrationsfortschritten der EU seit dem Vertrag von Maastricht und angesichts der europäischen Krisen scheint die Vergewisserung unausweichlich, inwieweit dieser Integrationsprozess überhaupt noch den Vorstellungen der Bevölkerung entspricht. Bereits die Ära unter Tony Blair mit ihrem neuen Europaparadigma habe die Diskussion über einen „Brexit“ und die Neuausrichtung der britischen Europapolitik unumgänglich gemacht. Das Referendum sei deshalb weniger ein machtpolitisches Kalkül Camerons; vielmehr hätte sich in absehbarer Zeit jeder Premierminister – egal von welcher Partei – dem Volksvotum stellen müssen.

Gewachsene Skepsis

Nicht nur Camerons Tories sind heute europaskeptischer denn je. Auch die Labour Party verfolgt zunehmend eine nationalistisch angehauchte Europapolitik, die sich immer weiter von ihrem ursprünglichen Bekenntnis zu Europa entfernt. Selbst die Anhänger ei-

nes Verbleibs Großbritanniens in der Union bedienen sich durchaus einer patriotischen, auf nationalen Eigennutz konzentrierten Klaviatur, wenn sie ein stärkeres Großbritannien in der EU einfordern.

Aktuell dominiert eine Krisenrhetorik:

- Die **Euro-Krise** und die **anhaltenden Bewältigungsstrategien** beherrschen die Debatten, obwohl das Pfund für die Zukunft als die einzige denkbare Währung im Vereinigten Königreich angesehen wird. Nur: Der Euro hat angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Verflochtenheit unmittelbare Auswirkungen auf die ökonomische Situation in Großbritannien.
- Ebenso steht die **Migrations- und Schengenkrise** im Fokus, so sehr auch hier die britische Insellage Besonderheiten begründet: Neben der Flüchtlingswelle, die Kontinentaleuropa unverhältnismäßig stärker trifft, treiben besonders die Zuwanderung aus den Commonwealth-Staaten sowie die Migration aus den östlichen EU-Mitgliedstaaten infolge der Arbeitnehmerfreizügigkeit und deren Auswirkungen auf die britischen Sozialversicherungssysteme die Gemüter um.
- Und nicht zuletzt untermauert die allgemeine **Reformmüdigkeit der EU und ihrer Eliten** die Skepsis an dem Integrationsprojekt.

Das Ergebnis des Referendums wird insofern stark davon abhängen, ob und inwieweit die Briten der EU letztlich doch die Fähigkeit zuschreiben, nachhaltige Lösungen für diese Krisen zu entwickeln und umzusetzen.

Noch halten sich die Lager der Befürworter des Brexits sowie die Fürsprecher eines Verbleibs in der Union ungefähr die Waage; allerdings ist die Gruppe der Unentschlossenen groß. Das macht den Ausgang des Referendums unkalkulierbar, zumal unvorhergesehene (politische) Entwicklungen und externe Effekte sehr schnell neue Tatsachen schaffen können.

Gleichfalls unabsehbar ist, welchen Ausschlag der kürzlich zwischen Cameron und dem Europäischen Ratspräsidenten Tusk ausgehandelte Deal geben wird. Kundnani verdeutlichte das Dilemma: Aus materieller Perspektive seien die Zugeständnisse aus Brüssel und der politische Erfolg Camerons groß. Allerdings würden sie in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung im Vereinigten Königreich lediglich als Makulatur angesehen.

Post-Brexit-Szenarien

Ebenso sei es verfrüht, über ein Post-Brexit-Szenario zu reden, da nach dem eventuellen Austrittsvotum am 23. Juni binnen zwei Jahren ein Austrittsabkommen

verhandelt werden müsste. Denkbar erscheint etwa eine „Light-Mitgliedschaft“ mit dem Verbleib im Europäischen Wirtschaftsraum.

Für die EU ist das Referendum allein schon ein Schuss vor den Bug: Es verdeutlicht die Notwendigkeit von längst überfälligen Reformen. Sollten sich die Briten letztlich für den Austritt aus der EU entscheiden, bedeutete dies für Europa den Verlust eines Korrektivs auf Richtung, Umfang und Tiefe des Integrationsprozesses. Denn gerade der britische Einfluss habe die EU liberaler, wettbewerbsorientierter, flexibler und weniger zentralistisch werden lassen.

Gespaltenes Land

Am Vorabend der Brexit-Entscheidung zeigt sich das Vereinigte Königreich als gespaltenes Land, selbst innerhalb der konservativen Regierung. Bei den Tories ist der Kampf um die Nachfolge des – wenn nicht am Referendum scheiternden, dann nach eigener Aussage spätestens 2020 ausscheidenden – Premierministers David Cameron längst entbrannt.



David Cameron (links) verhandelt im Februar 2016 mit Vertretern des EU-Parlaments – rechts Parlamentspräsident Martin Schulz.
© European Union 2016 - European Parliament

Dass ein möglicher Austritt aus der EU dann auch noch Großbritannien zerreißen, also die Schotten und möglicherweise auch die Waliser und Nordiren als vermeintliche Europafreunde unabhängig werden, glauben weder Thomas Kielinger noch Hans Kundnani. Ein neuer Separatismus wäre mit unkalkulierbaren Risiken verbunden.

Deshalb vermuten Kielinger und Kundnani, dass es nicht zum Brexit kommen wird: Die Angst vor dem, was danach käme, sei zu groß. Nicht nur für Anleger und Investoren, sondern selbst für die Bevölkerung. Die fundamentale Krise der Europäischen Union aber, die werde bleiben. Und es lohne, gemeinsam an ihrer Bewältigung zu arbeiten.

Andreas Kalina
Sebastian Haas

Das Akademiegespräch am See wird am 11. Juni 2016 um 22.30 Uhr auf ARD-alpha ausgestrahlt.

USA-Wahlen

Ausgang offen

Die Vorwahlen in den USA bleiben spannend. Innenpolitische Themen überragen die Außenpolitik.

VIELE POLITISCHE BEOBACHTER nicht nur in Deutschland wundern sich derzeit, mit welchen Themen und Parolen der Republikaner Donald Trump für sich Mehrheiten organisiert. Eine Tagung über die USA vor den Wahlen versuchte, das für uns oft so fremde Land besser zu verstehen.

Die Generalkonsulin der USA in München, Jennifer Gavito, hält eine *open* oder *brokered convention* bei den Republikanern im Juli für wahrscheinlich. Wenn es den drei noch im Rennen befindlichen Kandidaten Trump, Cruz oder Kasich nicht gelingt, im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit von 1237 Stimmen zu erringen, sind die Delegierten frei in ihrem Abstimmungsverhalten. Dann kommt der Auftritt der



Jennifer Gavito ist seit dem Sommer 2015 Generalkonsulin der USA in München.

lachender dritter oder vierter Kandidat das Rennen macht und gegen die derzeit wahrscheinliche Kandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, antritt.

Der Erlanger Sozialwissenschaftler Daniel Gossel präsentierte übereinstimmende Umfragen, nach denen derzeit nur Kasich eine Chance gegen Clinton hätte. Aber auch Sanders würde danach gegen Trump und Cruz gewinnen. Nur gegen Kasich hätte Sanders kaum Chancen. Clinton sei die Favoritin bei älteren Frauen, habe aber ein Problem bei weißen Männern.



© STUTTMANN

Sanders, der sich selbst als demokratischer Sozialist bezeichnet und als Außenseiter ins Rennen ging, konnte bislang überraschend viele Staaten und Delegierte für sich gewinnen. Vor allem bei den Angehörigen der working class und bei jungen Leuten ist er sehr beliebt.

Wut und Angst

Gossel erklärte die guten Ergebnisse der extremen Kandidaten in beiden Lagern mit einer weit verbreiteten Unzufriedenheit und Wut über die etablierte Politik in Washington und in der Wall Street nach der Finanzkrise von 2008. Das niedrige Vertrauen in Politik und Medien sowie die Angst vor Terrorismus und den ökonomischen Unsicherheiten der Globalisierung und Transformation seien weitere Vorteile für Trump und Sanders. Die Verlierer dieser Politik machten die Eliten in Politik und Wirtschaft dafür verantwortlich und wendeten sich deshalb den Extremen zu.

Sowohl Gossel als auch Gavito identifizierten als die beherrschenden Themen des Wahlkampfs illegale Migration, Sicherheit und Kriminalität, Waffengesetze, Arbeitsplatzverluste durch Automatisierung sowie Abtreibung. Außenpolitische Themen würden keine Rolle spielen.

Keine positiven Impulse

Die geringe Bedeutung außenpolitischer Themen im Wahlkampf stellte auch die Regensburger Politikwissenschaftlerin Gerlinde Groitl fest: „Im Wahlkampf werden derzeit keine positiven Impulse für eine transatlantische Partnerschaft gesetzt. Es gibt nur dünne Aussagen zu außenpolitischen Perspektiven.“ Ein Per-

sonalwechsel an der Spitze der USA sei zwar wichtig, dürfe aber auch nicht überschätzt werden. Ein totaler Wandel der Außenpolitik nach einem Wechsel im Präsidentenamt sei nicht einfach. Dafür gebe es viele strukturelle Gründe. Das Bewusstsein einer gewachsenen Bindung zwischen nützlichen Partnern überwiege parteipolitische Interessen. Aber der Präsident bzw. die Präsidentin könne Prioritäten und Akzente setzen und somit alte und neue Verbündete auf- oder abwerten.

Globale Machtverschiebungen

Die aktuelle Außenpolitik der USA müsse sich neuen Herausforderungen und globalen Machtverschiebungen stellen. Die wachsende Macht von Autokraten, das Staatsversagen im Nahen und Mittleren Osten und Teilen Afrikas, die Fluchtbewegungen und eine Zunahme gewaltbereiter Akteure habe zu einer Interventionsmüdigkeit der USA in den letzten Jahren geführt. Trump stehe für eine neue Isolationismus-

Politik der USA und den Rückzug aus der Weltpolitik. Unter Clinton sei ein radikaler Kurswechsel nicht zu erwarten – eher Kontinuität der Obama-Politik.

Generalkonsulin Gavito warnte allerdings davor, die aggressive Rhetorik des Vorwahlkampfes zu überschätzen. Die praktische Politik sehe am Ende immer etwas anders aus und würde sich pragmatisch an den Gegebenheiten orientieren. Deshalb sei es auch wichtig, welche Berater im Hintergrund agieren und welche Positionen die vertreten.

Michael Schröder



Daniel Gossel: weit verbreite Unzufriedenheit über die etablierte Politik
© Grimmeisen

Dimensionen des Syrien-Kriegs

Die Entstehungsgeschichte des Kriegs, seine Akteure und die Frage nach Syriens Kulturschätzen

EINEN ÜBERBLICK über die neuere Geschichte Syriens bot Katharina Lange vom Zentrum Moderner Orient in Berlin. Sie stellte die zunehmende Mobilisierung, Hierarchisierung und Militarisierung der Gesellschaft unter Hafiz al-Assad sowie das Jahrzehnt des „authoritarian upgrading“ unter seinem Sohn Baschar al-Assad dar. Christine Straßmaier von MEIA Research (München) erklärte die Entstehungszusammenhänge der derzeitigen kriegerischen Auseinandersetzungen. Sie schilderte, wie sich die bewaffnete Opposition in Syrien etablierte und wie sich der „Islamische Staat“ in der Region entwickelt. Die Bemühungen von EU und NATO zur Beendigung des Krieges erläuterte Anja Opitz von der Akademie. Sie stellte die politischen Aktivitäten in einen größeren politiktheoretischen Kontext.

Eine andere Dimension des Themas zeigte David Arn vom Institut für den Nahen und Mittleren Osten der Universität München auf. Er analysierte, wie der Syrienkonflikt in den panarabischen



Durch den Bürgerkrieg zerstörte Gebäude in der syrischen Stadt Homs.

© Bo yaser / wikipedia commons

Massenmedien dargestellt wird und erklärte die Hintergründe einzelner Sender wie al-Jazeera und al-Alam. Benno Köpfer vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg stellte die unterschiedlichen Strömungen des Islam dar, widmete sich den historischen Hintergründen von Salafismus und „Pop-Jihad“ sowie der schwierigen Grenzziehung zwischen religiöser Überzeugung und politischer Ideologie. Die Archäologin Adelheid Otto von der Universität München schilderte die massive Zerstörung von Kulturschätzen in Syrien durch den „IS“.

Gero Kellermann

Von Panzerschlachten zu Dronenschlägen

Neue Bedrohungen wie durch den internationalen Terrorismus erfordern neue Strategien der Kriegsführung.

ERINNERN SIE SICH noch an die „grünen Männer“, die 2014 urplötzlich auf der Krim einmarschierten? Nun, die ukrainische Version von Star Wars war das freilich nicht. Vielmehr wurden wir Zeuge der Annexion der Krim durch Russland. So kam es, dass Wladimir Putin die Debatte über hybride Kriegsformen neu anheizte. Das Bedrohungsszenario wurde vor allem medial heraufbeschworen. Neue technologische Möglichkeiten sowie die Kombinierbarkeit und der geheime Charakter der Mittel und Einsätze scheinen besonders zu beunruhigen. Gleichwohl: Diese Taktiken sind so alt wie der Krieg.

Was ist also neu an den „neuen Kriegen“? Carl von Clausewitz bezeichnete den Krieg als Chamäleon, welches sich an veränderte Umweltbedingungen anpasst. Die heutigen Erscheinungsformen des Krieges sind daher auch als Anpassungen an sich verändernde systemische Rahmenbedingungen der heutigen Weltpolitik zu verstehen. Sie zeichnen sich etwa durch die Privatisierung von Gewaltakteuren aus, durch zunehmende Asymmetrien der Gewaltstrategien, aber auch durch eine Kommerzialisierung der Gewaltmotive sowie durch eine Diffusion der Gewalt insgesamt. Ebenso wandeln sich Waffentechnologien: hin zu automatisierten und womöglich autonomen Systemen, die bisherige Kriegslogiken auf den Kopf stellen. Hat der klassische Krieg mithin ausgedient?



Carlo Masala: „Der Krieg ändert sein Gesicht.“

© Zerbel / Rupp

gegen zusehends eine Erscheinung der Vergangenheit – allenfalls in Afrika und im Nahen Osten sind sie noch vorstellbar. Auch in Asien bleibt die Rückkehr zwischen-



Unbemannte Kampfdrohne MQ-9A „Reaper“ der US-Luftwaffe

© U.S. Air Force / Paul Ridgeway

staatlicher Kriege denkbar, in die man „hineingleiten“ könnte. Insgesamt wird aber Kriegsführung zum Zwecke der territorialen Expansion unwahrscheinlicher, da sie zu kostspielig ist und sich ökonomisch nur sehr selten lohne. Auch (konventionelle) Kriege zwischen Großmächten, die über nukleare Waffen verfügen, seien nach Masala ausgeschlossen, zumal das globale System der Abschreckung nachhaltig funktioniere.

Tendenz zum „totalen Krieg“

Zur veränderten Gestalt des Krieges gehöre auch, dass die Kriegsführung heute sehr stark durch die Innenpolitik bedingt wird: Neben der Generierung der innenpolitischen Zustimmung müsse wie nie zuvor das Risiko für die eigenen Soldaten minimiert werden. Dies lege intelligenter Formen der Kriegsführung nahe – basierend auf Special Forces und Kommando-Operationen, auf automatisierten und ferngesteuerten Waffensystemen sowie auf hybriden Strategien, wodurch der Krieg zusehends einen geheimen Charakter annimmt. Masala macht zugleich die Tendenz hin zum „totalen Krieg“ aus – nicht im Goebbelschen Sinne, sondern im Sinne eines Carl Schmitt: Der Feind wird von Anfang an dämonisiert, weshalb der Raum für Kompromisse und dadurch die Option auf Waffenstillstand verbaut werden. Es gibt keine politische Lösung solcher Konflikte, sondern nur eine physische. Der Krieg wird zum Dauerzustand.

Dies unterstreicht Lennart Souchon von der Universität Potsdam, wenn er feststellt, dass „der moderne Krieg mäandert“. Es gäbe keine Dichotomie zwischen Krieg und Frieden mehr: „Wir führen heute Krieg in Frieden.“ Gründe hierfür sieht er vor allem in der Tendenz zur asymmetrischen Kriegsführung sowie zu hybriden Konflikten, die unterhalb der Schwelle der konventionellen Kriege ablaufen, und sich neben Geheimoperationen zusehends auf Propagandamaßnahmen und Cyber War stützen.

Gerade die Mischform zwischen Krieg und Frieden mache die heutige risikoreiche Sicherheitslage aus. Brisant ist die Situation nach Souchon zudem deshalb, da es in Deutschland – wie auch in der transatlantischen Staatengemeinschaft insgesamt – an einer strategischen Kultur mangelt. Was man vorweisen könnte, sind Instrumentenkästen wie z. B. „der Comprehensive Approach“ der Europäischen Union, aber es fehle die „kühl-analysierende Sicherheitsstrategie mit klar formulierten ganzheitlichen Ziel-Zweck-Erwägungen“. Stattdessen werde nach einer Tagesopportunität gehandelt. Dies mache die westliche Welt heute besonders angreifbar – sei es seitens des internationalen Terrorismus, sei es angesichts des Großmachtstrebens Russlands.

Bedrohung der Infrastruktur

Sarah Lohmann von der Universität der Bundeswehr in München plädierte dafür, dass eine umfassende Sicherheitsstrategie auch und besonders Cyberwarfare und Cybercrime umfassen müsse. Denn bei diesen handele es sich auf der einen Seite um relativ kostengünstige und „gewaltlose“ Formen der Kriegsführung, die allerdings immense materielle sowie moralische und psychische Effekte aufweisen können. Neben dem wirtschaftlichen Schaden und der permanenten Bedrohung der digital-vernetzten Infrastruktur moderner Staaten würden sie auch die Privatsphäre des Individuums zur Disposition stellen.

Neue Waffentechnologien

Die Tendenz zur „Kriegsführung im Schatten“ wird durch moderne Waffentechnologien befördert. Egal ob ferngesteuerte oder autonome Waffen, die über die Fähigkeit verfügen, ihre Ziele ohne (direkten) menschlichen Zugriff zu eliminieren: Sie entsprechen den Anforderungen des „New Western Way Of War“, wie Niklas Schörnig von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hervorhob, indem sie im Idealfall die Möglichkeit böten, gezielt aus der Distanz, ohne eigene Verluste und ohne Kollateralschäden in der Zivilbevölkerung eingesetzt zu werden.

Wie konventionelle Waffen auch sind sie zuerst als neutrale Kriegsmittel zu sehen und sollten an sich weder überhöht noch dämonisiert werden. Für ihre Bewertung ist vielmehr erst ihre Positionierung im strategischen Einsatzplan ausschlaggebend. Unerlässlich wird dann die Diskussion, inwiefern sie die Natur des Krieges verändern können. Denn es ist unzweifelhaft, dass diese Technologien in Abhängigkeit ihrer Verwendung tief ethische und rechtliche, aber auch

gesellschaftliche Dilemmata aufwerfen. Als tödliche Waffen verstärken sie die Entwicklung zur „totalen Kriegsführung“.

Risikoreiche Sicherheitslage

Für eine völkerrechtliche Bewertung des Einsatzes von Drohnen ist zunächst der Zeitpunkt und Umstand der Angriffsentscheidung relevant. Als problematisch erweise sich die Tatsache, dass autonome Waffensysteme technisch in die Lage versetzt werden könnten, ohne menschliches Zutun eine Entscheidung über Leben und Tod zu treffen. Dies, so Robert Frau von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, erfordere eine intensivere Diskussion darüber, ob diese Wertentscheidung weiterhin ausschließlich dem menschlichen Handeln vorbehalten sein sollte. Und wer ist bei einer letztlich „maschinellen“ Entscheidung rechtlich haftbar: der Programmierer, der Einsatzleiter?

Maschinelle Entscheidungen

Mit den gleichen Aspekten setzt sich die ethisch-moralische Debatte auseinander. Sie wendet sich dem Problem zu, dass auch Zivilisten Opfer von Droheneinsätzen sind. Die Statistik weise zwar eine sinkende Zahl ziviler Todesopfer auf, stellte Jodok Troy von der Universität Innsbruck fest. Insgesamt seien die Begründungen für einen präventiven Einsatz von bewaffneten Drohnen häufig überzogen.



Boden-Kontrollstation für Drohnen-Einsätze
© Gerald Nino / CC

Schließlich müsse neben die rechtswissenschaftliche und ethische Betrachtung der Drohnenproblematik auch eine soziologische Sicht treten, so die Forderung von Ina Wiesner vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Denn es sollte ein zusätzlicher Blick zum einen auf die Entstehungs- und Verbreitungsfaktoren automatisierter Kriegsführung, zum anderen auf die militärstrategischen, politischen und

gesellschaftlichen Implikationen von heutigen Drohnen und zukünftigen autonomen Systemen gelenkt werden.

Staaten und internationale Organisationen agieren in einem multilateralen Netzwerk. Im Umgang mit diffuser Gewalt – das zeigen die jüngsten islamistischen Gewaltanschläge in Europa – gewinnt ein konsistentes und strategisches Handeln der Partner enorm an Bedeutung. Verfehlten die militärische, aber auch die wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debat-



Ein Modell des Quadcruisers von Airbus auf der CeBIT 2016 in Hannover

© Frank Schwichtenberg (Schwicht de Burgh Photography) / Creative Commons

te jedoch den Kern des Problems und bleibt die Ausbildung einer Kultur strategischen Denkens auch künftig in den Kinderschuhen stecken, stehen die Akteure vor enormen Herausforderungen. Wie müssen ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitiken also aufgestellt und im nationalen, europäischen und transatlantischen Rahmen aufeinander abgestimmt sein?

Eckpunkte deutscher Sicherheitspolitik

Franz Kühnel vom Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesverteidigungsministeriums betonte, dass man im Rahmen der Sicherheitspolitik zusätzlich zur NATO und EU eine nationale Sicht benötige. So werden auch in der gegenwärtigen Entstehungsphase des neuen Weißbuches die (künftigen) Eckpunkte der deutschen Sicherheitspolitik debattiert. Dabei liege es im elementaren deutschen Interesse, dass das nationale Sicherheitskonzept eng in die Bündnisse und Partnerschaften eingebunden ist, gleichwohl aber auch eigene Akzente setze. So ist die Bundeswehr als eine „Bündnisarmee“ konzipiert, deren strategische Komponente bei der NATO in Brüssel liegt. Zugleich müsse stärker der Realität Rechnung getragen werden, dass sich die Bundeswehr seit den 1990er Jahren zu einer „Einsatzarmee“ entwickelt. Daher müsse einerseits stärker vom „Einsatz her gedacht werden“, ande-

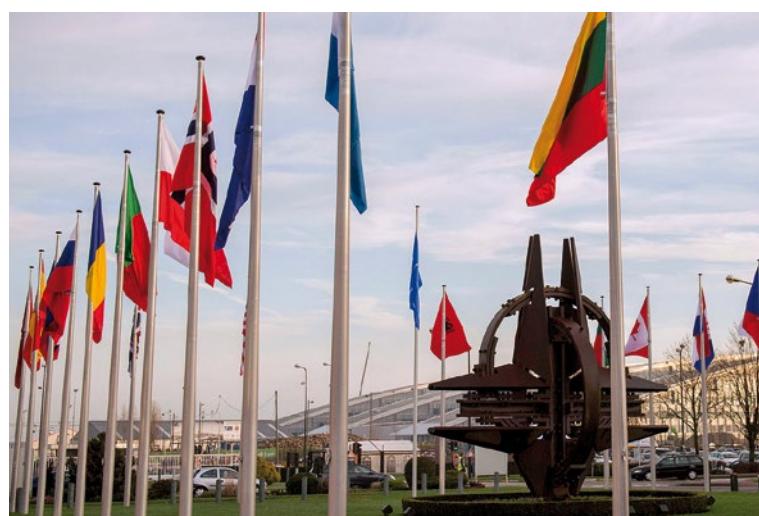
rerseits sollten angesichts der aktuellen komplexen Bedrohungslage wieder die „Abschreckung und Territorialverteidigung eine zentrale Rolle spielen“. Dazu gehöre auch, dass die Aufteilung in „innere“ und „äußere“ Sicherheit überdacht werde.

Verteidigungsstrategie der EU

Auch die Europäische Union reagiert auf die veränderte globale Situation. Oliver Rentschler,stellvertretender Kabinettschef bei der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, skizzierte die Eckpunkte der „Neuen globalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie für die EU“, die im Juni 2016 verabschiedet werden sollen. Dazu gehören ein nach innen stärker geschlossenes Auftreten, die Stärkung der Nachbarschaftspolitik, die Fokussierung gesamter Konfliktzyklen, einschließlich der Konfliktachsorge, und nicht zuletzt das Denken in Partnerschaften, insbesondere mit der NATO.

Hybride Bedrohungen durch Terrorismus wie in Brüssel und Paris überschreiten nicht die Schwelle der offensichtlichen staatlichen Aggression. Carolin Busch, Analystin bei der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) in Ottobrunn, zeigte, dass dieser Umstand die NATO vor gänzlich andere Herausforderungen stellt als die EU: Sie muss im Falle des Für und Wider eines militärischen Eingreifens debattieren und Entscheidungen treffen; Optionen darunter stehen ihr nicht zur Verfügung. Insofern könne sie selbst kaum rechtzeitig und vorsorgend auf gegenwärtige Bedrohungslagen reagieren. Dies verdeutlicht erneut die Notwendigkeit eines vernetzten, komplementären Ansatzes, in dem sich die nationalen, europäischen und nordatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitiken und die sie tragenden Akteure ergänzen.

Andreas Kalina
Anja Opitz



NATO-Hauptquartier in Brüssel
© Creative Commons

Akademiegespräch am See

„Kluger Weg vom Rassismus zum Realismus“

Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT, über Ansätze und Strategien der Terrorismusbekämpfung seit 9/11.

DER 11. SEPTEMBER 2001 stellt eine Zäsur dar – nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für die westliche Zivilisation insgesamt. Denn er markiert einen Punkt, ab dem eine neue Form der asymmetrischen Kriegsführung erkennbar wird. Mehr noch: Nicht nur erkennbar wird, sondern auch nachhaltig die Bevölkerung beunruhigt und verunsichert.

Asymmetrische Kriegsführung ist kein neues Phänomen – man denke etwa an die Partisanenkriege im 20. Jahrhundert. Sie waren vor allem defensiver Art: Bekämpft wurden Besatzer – und die Partisanen wurden meist durch die unterdrückte Zivilbevölkerung unterstützt.

Der internationale Terrorismus – zumal nach dem 11. September – hat eine neue Qualität: Er ist offensiv und zielt nicht vorrangig auf die Sicherheitsstrukturen des Gegners, sondern auf Infrastruktur, Wirtschaft, Verwaltung sowie Großveranstaltungen. Es geht darum, die westliche Zivilisation in Schock zu versetzen, ihr ihre Verletzlichkeit aufzuzeigen und Furcht und Schrecken zu verbreiten – also Gesellschaften und politische Ordnungen zu destabilisieren. Man denke



Bernd Ulrich: „Stabilität durch Unterdrückung schafft Instabilität und Terror.“

© Zerbel

dabei nicht nur an die Twin Towers und das Pentagon, sondern an Madrid, London, Paris und Brüssel – aber auch an Aleppo, Bali, Beirut, Djerba, Sinai, Tunis... Jeden kann es überall treffen: In der U-Bahn, auf einem Konzert, auf dem Flughafen, an einem Strand oder auf dem Rückflug vom Urlaub. Die Gefährdung ist allgegenwärtig.

Mehr Krieg und Chaos

Das Heimliche verbindet den früheren Partisanenkrieg mit dem internationalen Terrorismus: Die Akteure entstammen und verschwinden in der Tiefe des sozialen Raums. Es ist ihre Unerkennbarkeit, die sie davor schützt, gestellt und mit Waffen vernichtet zu werden. Es ist die Unberechenbarkeit ihrer Anschläge, die zur anhaltenden Verunsicherung führt. Und es ist die ideologische Aufladung ihrer Motive, die die Akteure in ihrer Radikalisierungsphase gegen Argumente immun macht.

Wie reagiert der Westen auf diese neue Bedrohung? Blickt man auf die nunmehr 15 Jahre „Krieg gegen den Terror“, muss man feststellen, dass am Ende mehr Krieg, mehr Chaos und mehr Terror stehen.

Europäisches Umdenken

„Wir haben nicht ausreichend verstanden, dass das, was in Aleppo und Mossul passiert, uns in Essen oder Stuttgart direkt betrifft.“ So fasste Bundeskanzlerin Angela Merkel die Lage für Deutschland im vergangenen Herbst zusammen. Jene Menschen, die derzeit unter anderem vor Krieg und Terror nach Europa flüchten, sowie die jüngsten terroristischen Anschläge in Paris, Istanbul, Ankara und Brüssel leiten



Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gibt es mehr Krieg und Terror in der Welt.

© Robert J. Fisch / wikimedia commons

ein Umdenken ein. Bernd Ulrichs These: Nach Jahren des Debattierens und Zuschauens aus der Distanz verstehen die Europäer immer mehr, dass sie sich zu lange auf eine Führungsrolle der USA beriefen. Es reift die Erkenntnis, dass die Interessen Europas, vor allem in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, nicht zwingend identisch sind mit jenen der USA. Europa ist verwundbar geworden und stehe daher vor der Herausforderung, neu und fundamental umzudenken, Fehler zu korrigieren. Dies bedeute die Befreiung von Denkgewohnheiten, die in der Vergangenheit für die Außenpolitik der Europäer prägend waren.

Nährboden für Terror

Dafür sei es nötig zu verstehen, was die Menschen in den Krisenländern des Mittleren Ostens bewege, und wie sich ihr Unmut über ihre Lebensverhältnisse ausdrücke. Er finde sein Ventil in Aufständen, in Fluchtbewegungen und im Terrorismus. Funktionierten die Ventile Aufstand und Flucht nicht mehr, steige der Druck auf das dritte Ventil, den Terrorismus. Es sei ein Fehler, Flüchtlinge abwehren und Autokratien stärken zu wollen und zu hoffen, der Terror nehme dadurch ab. Wolle man den Terrorismus wirksam eindämmen, müsse man sich mit dem Terrorismus vor der Tat beschäftigen. Eine wirksame Außenpolitik Europas sei deshalb eine, die das Leben der Menschen in den betroffenen Ländern verbessere. Eine solche Politik müsse sich von dem Gedanken verabschieden, Stabilität durch Unterdrückung schaffe Ruhe. Stabilität durch Unterdrückung schaffe stets Instabilität und diese wiederum bereite den Nährboden für Terror.

Vor allem für die Europäische Union gelte es daher, eine auf eigenen, strategischen Interessen basierende Mittelostpolitik zu entwickeln und umzusetzen. Diese müsse etwa Länder wie Libyen oder Algerien stärker als in den vergangenen Jahren in den Blick nehmen. Ebenso könnten Teile der Agrar- und Handelspolitik auch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU gedacht werden, führte Ulrich aus.

Versöhnungspolitik

Es lohnt, diesen Gedanken mit Blick auf die Folgen des Klimawandels weiterzudenken. Ulrich meinte, es mache keinen Sinn, Landwirtschaft nur innerhalb der Europäischen Union zu fördern und gleichzeitig jene Bauern in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zu vergessen, die ihre Böden aufgrund des Klimawandels nicht mehr bewirtschaften können.

Schließlich sollte Flüchtlingspolitik auch als Versöhnungspolitik begriffen werden. Denn, so fragte Ulrich: „Sind die Flüchtlinge, die es hierher geschafft haben, Objekte unserer Flüchtlingsabwehr oder Menschen, die unsere Nachbarn und Freunde werden sollen, Botschafter einer neuen Gemeinsamkeit?“ Der „kluge Weg“ führe vom „Rassismus zum Realismus.“

Anja Opitz
Andreas Kalina

Linktipp:

Eine ausführliche Version seines Vortrages publizierte Bernd Ulrich auf ZEIT ONLINE: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/terrorismusbekaempfung-brussel-anschlaege-nahost-strategien>



Bootsflüchtlinge werden im Mittelmeer von einem irischen Kriegsschiff gerettet.

© IRISCHE ARMEE / WIKIMEDIA COMMONS

Nationalsozialismus

Nazizählerei und „Sündenstolz“

Auf einer Tagung mit dem Institut für Zeitgeschichte („Endlich genug von Hitler?“) wurden aktuelle Debatten zur Vergangenheitsaufarbeitung diskutiert.

„WER FINDET DIE MEISTEN NAZIS?“ So erscheint manchmal die Medienberichterstattung über die Ergebnisse der unterschiedlichen Historikerkommissionen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Bei der Tagung stand der derzeitige Boom der Auftragsforschung im Mittelpunkt: Seit 2005 beriefen vor allem Oberste Bundesbehörden Historikerkommissionen zur Erforschung ihrer NS-Vergangenheit bzw. zum Umgang mit NS-Belasteten in diesen Institutionen. Die Ergebnisse werden nach und nach veröffentlicht.



Ulrike Jureit: widersprüchliche Interessen bei der Aufarbeitung
© Haas / Grimmeisen

ckeln seien; 2.) eine politisch-legitimatorische Logik der Auftraggeber, die an einem öffentlichkeitswirksamen und möglichst endgültigen Ergebnis interessiert seien; sowie 3.) eine medial-öffentliche Logik, die auf Informierung der Bevölkerung, auf Skandalisierung und notwendige Vereinfachung setze. Diese Interessen widersprächen sich in Teilen.

Medien als Verbündete

Andererseits aber, so Constantin Goschler (Bochum), profitierten Historiker von der Ressource „öffentliches Interesse“ und könnten diese produktiv für sich nutzen. Die Medien seien sogar in gewisser Weise strukturelle Verbündete der Wissenschaft, da deren Skandalisierungsdruck dazu führe, dass sich Behörden keinesfalls erlauben könnten, Aktenfreigaben zu verweigern oder reine Gefälligkeitsstudien zu fordern. Vielmehr würden die Auftraggeber in ihr Transparenz-

image investieren, weshalb nur eine wissenschaftlich einwandfreie Studie den erwünschten Zweck erziele. Eckart Conze (Marburg) betonte, dass manche der nun erzielten Ergebnisse in erster Linie erinnerungspolitisch wichtig seien. Die Historikerschaft stehe aber vor der Herausforderung, aus dem aktuellen politischen und erinnerungskulturellen Impetus einen wissenschaftlichen Nutzen zu schlagen.

Doch müsse man sich davor hüten, in einen „Sündenstolz“ zu verfallen, mahnte Arnd Bauerkämper (Berlin) mit Blick auf die positive Wirkung, die die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung weltweit erzielt habe. Bill Niven (Nottingham) wiederum verwies darauf, dass im Ausland die deutsche Leiderfahrung im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit immer weniger auf Misstrauen treffe. In Großbritannien und den USA etwa gäbe es ein reges Interesse am Bombenkrieg in Deutschland. Unterstrichen wurde dies von Jeffrey Herf (College Park), der die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung aus amerikanischem Blickwinkel heraus als wertvolle Errungenschaft bezeichnete.



Jeffrey Herf: „Die deutsche Vergangenheitsaufarbeitung ist eine wertvolle Errungenschaft.“

Es gibt jedoch weiterhin Desiderate der Vergangenheitsaufarbeitung, so etwa in Hinblick auf den Deutschen Bundestag oder das Bundeslandwirtschaftsministerium, wie Andreas Schulz (Berlin) und Andreas Dornheim (Bamberg) betonten. Magnus Brechtken (München) verwies dabei auf die Notwendigkeit, die Vergangenheit der Deutschen Bundesbank im Rahmen einer Generationen-, Netzwerk- und Mentalitätsanalyse genauer zu untersuchen. Zugleich müsse auch die Frage der Unabhängigkeit der Bundesbank – ein zentrales Motiv ihrer Selbstvergewisserung und Pate für die Ausgestaltung der Europäischen Zentralbank – historisiert werden.

Die Bedeutung von Medien und Kultur für die Vergangenheitsaufarbeitung in der Bundesrepublik themisierte Olaf Blaschke (Münster). Jeden Tag erscheinen ein Buch und ein Aufsatz zum Nationalsozialismus. Lutz Hachmeister (Köln) kritisierte dabei, dass das Nachrichtenmagazin Der Spiegel seine eigene Vergangenheit bisher unzureichend aufgearbeitet habe. Bis in die 1960er Jahre hinein sei das Medium ein Frontorgan für die Eingliederung von ehemaligen Nationalsozialisten gewesen. Dies erkläre sich vor allem aus seiner damaligen Hauptleserschaft aus hei-

matlosen Wehrmachtssoldaten und NS-Anhängern, die Rudolf Augstein mit seinen Titelgeschichten zum Nationalsozialismus geködert hätte.

Wulf Kansteiner (Aarhus, Dänemark) unterstrich dies mit dem Befund, dass sich das deutsche Fernsehen bis in die 1980er Jahre hinein kaum für die Opfer des Nationalsozialismus interessiert hätte. Christian Fuhrmeister (München) wiederum zeigte auf, wie sich der Kunsthandel selbst exkulperte. Indem nach dem Krieg plötzlich ehemals verfeindete Kunst geprägt wurde, konnten die Kunsthändler von ihrer eigenen NS-Vergangenheit ablenken.

Geringes Interesse an Opfern

Im Verlauf eines zwar debattenreichen, aber ausgesprochen kollegialen Wochenendes wurde in Tutzing deutlich, dass sich die Forschung vor allem auf drei Bereiche konzentrieren sollte: So wurde zum einen eine Dynamisierung des Belastungsbegriffs angemahnt, denn in der Geschichte der Bundesrepublik veränderte sich im Zeitverlauf das Bewusstsein, wer als NS-Belasteter anzusehen sei. In den 1950er und 1960er Jahren etwa war die Parteimitgliedschaft eines Betroffenen nicht von Relevanz, erst seit den 1970er Jahren rückte diese stärker in den Fokus. Die Forschung muss deshalb die zu beobachtenden Veränderungsprozesse im Blick haben und herausarbeiten, wann z.B. welche Verwaltungsbeamte aus welchen Gründen noch tragbar oder nicht mehr tragbar waren. Goschler verwies dabei auf das Spannungsfeld zwischen der historisierenden Erklärung der Zeithistoriker und der Öffentlichkeit, die rein normativ argumentiere und von heutigen Maßstäben ausgehe.

Dierk Hoffmann (Berlin) wiederum betonte in Hinblick auf die DDR grundlegende Unterschiede zwischen Ost und West. Das Fehlen einer pluralistischen Medienöffentlichkeit habe dazu geführt, dass sich die SED-Führung von derartigen Debatten abschirmen konnte. Während im Westen letztlich die öffentlichen Diskurse bestimmt hätten, wer als Täter gelten müsse, hätte in der DDR der Staat die Definitionsmacht besessen.

Anpassungsdruck

Daneben steht, als zweiter in Tutzing identifizierter Problembereich, bei der Vergangenheitsaufarbeitung die Frage von individuellen und institutionellen Lernprozessen im Zeitverlauf im Mittelpunkt. Hier muss auch der Anpassungsdruck durch Medien und Öffentlichkeit in Betracht gezogen werden. In welcher Weise also wirkten öffentliche Debatten z.B. auf die Einstellungs- oder Beförderungspraxis von ehemaligen Nationalsozialisten im öffentlichen Dienst? Gerhard Sälter (Berlin) betonte hierbei, dass derartige Lern-

und Anpassungsprozesse beim Bundesnachrichtendienst (BND) geringer ausgeprägt gewesen seien, da sich diese Institution von der Öffentlichkeit hätte abschotten können. Zugleich aber sei der BND ein Akteur der Vergangenheitspolitik gewesen und hätte gezielt innenpolitische Debatten, etwa zur Wehrpolitik oder zur gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik, zu beeinflussen versucht.

Und schließlich wurde in Tutzing die Frage diskutiert, inwieweit man überhaupt davon ausgehen kann, dass ein politisch-ideologisch neutrales Expertenwissen existiert. Denn lange wurde die Wieder- bzw. Weiterbeschäftigung von NS-Anhängern damit begründet, dass man für den Aufbau des Bonner bzw. Ost-Berliner Staates auf diese „Experten“ angewiesen sei. Hoffmann verwies dabei auf den offensichtlich unpolitischen Beruf des Meteorologen. Diese Experten waren aber bereits im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Faschisten eingesetzt worden und lieferten den deutschen Bombern Daten über die Wetterbedingungen. Nach der Gründung der DDR trafen diese dann in Ost-Berlin auf ehemalige Kämpfer der Internationalen Brigaden. Politisch-neutral und ideologiefrei waren also selbst Meteorologen nicht.



Die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher waren 1945 erst der Anfang der Aufarbeitung des NS-Unrechtsstaats.

© Bundesarchiv, Bild 183-V01032-3 / CC-BY-SA 3.0

Insgesamt, so das Fazit der Tagung, sollte von der historischen Forschung nicht die Frage beantwortet werden, die Medien und Öffentlichkeit im vergangenheitspolitischen Diskurs oft in den Mittelpunkt stellen: Wie prägten ehemalige Nationalsozialisten die Bundesrepublik? Vielmehr müsse gefragt werden: Warum konnte die Bundesrepublik trotz einer erheblichen Anzahl von ehemaligen Nationalsozialisten vor allem in Wirtschaft und Verwaltung eine demokratische Erfolgsgeschichte schreiben?

Zugleich lässt sich auch die von den Tagungsleitern Magnus Brechtken und Michael Mayer (Tutzing) mit einem Augenzwinkern aufgeworfene Frage „Endlich genug von Hitler?“ ebenso augenzwinkernd beantworten: Sicher nicht!

Michael Mayer

Interview mit Michael Berwanger

Tiefgang am See mit neuem Design Der Mann hinter dem frischen Erscheinungsbild der Akademie

Der Akademie-Report macht den Anfang. Mit verändertem Layout, neuer Schrift und zweispaltigem Auftritt glänzt das Magazin der Akademie für Politische Bildung.

UND ES KOMMT NOCH MEHR: Ein neues Erscheinungsbild aus einem Guss wird künftig alle Medien der Akademie prägen: moderner, frischer, zeitgemäßer und einheitlicher. In den kommenden Monaten wird das neue Design nach und nach übertragen. Denn ein professionelles Erscheinungsbild ist wichtig für die Außenwahrnehmung, es sorgt für Wiedererkennbarkeit.

Der kreative Kopf hinter dieser neuen Aufmachung ist Michael Berwanger, Gründer der Agentur für Gestaltung mit dem auffallenden Namen „Tausendblauwerk“. Eigentlich wollte Berwanger Musiker werden, hat sich aber dann doch für eine andere kreative Tätigkeit entschieden. Im Interview erzählt der Gestalter von der tieferen Symbolik des neuen Erscheinungsbildes, seiner Liebe zur Typographie und seiner Abneigung gegen Patentrezepte.

Akademie-Report: Ein Erscheinungsbild transportiert auch immer eine bestimmte Vorstellung, eine Identität. Was war die größte Herausforderung bei der Gestaltung des neuen Designs?

Berwanger: Bei einer solchen Aufgabe geht es immer darum, einen eigenständigen Gedanken zu finden, der für alle Bereiche und Objekte der Akademie angewendet werden kann. Wichtig ist, dass er der inneren Haltung der Akademie gerecht wird. Ich habe zunächst angefangen zu skizzieren und die Lage am See und Transparenz im Kopf gehabt.

Grundsätzlich geht es aber nicht nur um eine Schrift oder eine Farbe, sondern das Erscheinungsbild soll einen ganzen Katalog von Farb- und Schriftwelten zusammenkoppeln. Es soll Möglichkeiten anbieten, die einerseits dem Benutzer viel Freiheit geben, andererseits dem Betrachter zeigen, dass er immer in der gleichen Welt ist.

Welche Symbolik verbirgt sich hinter den Farben und Schriften?

Wir brauchten sechs verschiedene Farbkombinationen. Ausgangsfarbe war das Blau des Starnberger Sees, das ja auch mit dem Logo bewahrt blieb. Ich habe mich nach der Farbmehrheit gerichtet. Zu blau passen die Farben, die einen harmonischen Dreiklang ergeben. Es bieten sich also Grün- und Rottöne beziehungsweise Brauntöne an, ein Hinweis auf Schilf und Sand am See.

Was ist Ihnen aus Ihrer Sicht besonders gelungen?

Was ich besonders liebe und was viele wenig achten, ist die Typographie, das Spielen mit Schrift und Schriftelementen. Da geht es häufig um die Liebe zum Detail. In der Akademie ist nun die Entscheidung für die seriflose Schrift Univers gefallen. Ich denke, gelungen ist vor allem, Anordnungen wie die Diagonale aufzufangen und einen harmonisch schönen Rhythmus zu finden, der dennoch in allen Formaten funktioniert. Als Gestalter gebe ich so dem Betrachter eine Lenkhilfe, wo er hinschauen soll.



Der kreative Kopf hinter dem neuen Akademie-Design: Michael Berwanger
© privat

Sie haben auch für die Bayerische Akademie der Wissenschaften gestaltet. Ticken Akademien gleich, in dem was sie als Designanforderungen stellen?

Nein, die Anforderungen sind verschieden, der Fokus liegt auch immer woanders. Patentrezepte gibt es nicht. Synergien sind für mich da nicht möglich. Ich denke mir immer etwas Neues aus.

Ihre Agentur heißt Tausendblauwerk. Ist ihre Lieblingsfarbe blau?

Ja, in der Tat. Als meine Kollegin Cornelia Absmeier und ich 1993 die Agentur gegründet haben, stellten wir beide fest, dass wir blau mögen. So ist dann der Name entstanden: Tausendblauwerk. Außerdem sollte auch ein expressionistischer Anklang mitschwingen.

Das Interview führte Miriam Zerbel

„Fundament unserer Reputation“ Hans Maier, einer der geistigen Väter der Akademie, wird 85

Als das Kuratorium der Akademie für Politische Bildung seinen bisherigen Vorsitzenden, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier, im Herbst 2013 verabschiedete, ging für Kuratorium und die Akademie eine Epoche zu Ende.

HANS MAIER HATTE die Tätigkeit der Akademie über viele Jahre hinweg als Kuratoriumsvorsitzender (1988 bis 2013) nicht nur maßgeblich begleitet; er ist „ein Fundament unserer Reputation“ (Heinrich Oberreuter). Tatsächlich war der frühere bayerische Kultusminister (1970 bis 1986) dem Kuratorium sogar länger verbunden und schied nach 49 Jahren Mitgliedschaft aus: Seit 1964 – noch unter Felix Messerschmid, dem Gründungsdirektor der Akademie – hatte Hans Maier dem pluralistisch zusammengesetzten „Aufsichtsrat“ der Akademie angehört.

Die Akademie für Politische Bildung verdankt Hans Maier sehr viel: Seine „umsichtige Leitung eines gegensätzlich zusammengesetzten Gremiums zum Wohl der Akademie“ (so sein Nachfolger im Amt des Kuratoriumsvorsitzenden, Friedrich Wilhelm Rothenpieler bei der offiziellen Verabschiedungsfeier im Mai 2014), seine wissenschaftliche Strahlkraft, seine sowohl in der Zahl als auch in ihrer Tiefe höchst ungewöhnlichen Begabungen sowie sein politischer Gestaltungswille, der nie ohne das Bewusstsein für die eigene Verantwortung daherkam; sie bleiben auch für die Akademie große Schätze. Im so reichen Leben und Werk von Hans Maier waren und sind Religion, Bildung, Kultur, Musik und Politik bis heute Schlüsselthemen. Als Maier den Vorsitz des Kuratoriums an Rothenpieler, den früheren Amtschef des Bayerischen Wissenschaftsministeriums abgab, zog er sich nicht auf das „Altenteil“ zurück. Bis heute sind Arbeitsfreude, Schaffenskraft und Disziplin dieses Universalgelehrten ungebrochen. Davon zeugen zahlreiche Vorträge, die Hans Maier in den letzten Jahren unter anderem über religionsphilosophische, (kultur-)geschichtliche sowie gesellschaftspolitische Fragen gehalten hat; einen Eindruck von der Themenvielfalt, der sich Professor Maier in seinen vielen Publikationen sowie seinen Vorträgen widmet, vermittelt seine Webseite, die „mit Unterstützung aus dem Kreise der Töchter entstand“ (<http://hhmaier.de/>). Wie kaum ein anderer Wissenschaftler der Nachkriegszeit hat Hans Maier die praktische Dimension der Politikwissenschaft wörtlich genommen: Als Außenseiter



Hans Maier: Universalgelehrter mit ungebrochener Schaffenskraft
© Michael Lucan / wikipedia commons

wurde er im Jahr 1970 Mitglied der Bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Alfons Gopel. Angesichts der Umstände – Hans Maier war damals noch parteilos, ohne politische Erfahrung und ohne Landtagsmandat – war dies ein mutiger Schritt. Aber: „Selbst im Fall des Scheiterns hatte man hinterher, dachte ich, etwas dazugelernt – etwas, was man am Schreibtisch nie hätte lernen können.“ Und weiter schreibt Maier in seiner im Jahr 2011 erschienenen Biographie (Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff.): „So vollzog sich mein Eintritt in die Politik.“ Dass er sich selbst als „Politiker des zweiten Bildungsweges“ gesehen habe, sei keine Koketterie gewesen. „Politik musste man lernen. Für Professoren galt das in ganz besonderem Maße“ (ebd., S. 176).

Und wer an klugen Antworten auf die Frage interessiert ist, ob man Politik als Wissenschaft, also Politikwissenschaft, betreiben kann, dem sei ein im Netz abrufbares Fernsehinterview empfohlen, das der Bildungskanal ARD-alpha letztes Jahr mit unserem früheren Kuratoriumsvorsitzenden führte (<http://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/campus-diskurs/diskurs-maier-politikwissenschaft-100.html>).

Hans Maier feiert am 18. Juni 2016 seinen 85. Geburtstag. Wir gratulieren unserem früheren Kuratoriumsvorsitzenden von Herzen und wünschen ihm noch viele Jahre bei guter Gesundheit. Die Akademie für Politische Bildung ist stolz und überaus dankbar, dass Hans Maier nicht nur ihren Weg, sondern gerade auch ihre Reputation über fast ein halbes Jahrhundert hinweg maßgeblich geprägt hat. Ein Fundament, das uns auch Auftrag ist.

Ursula Münch

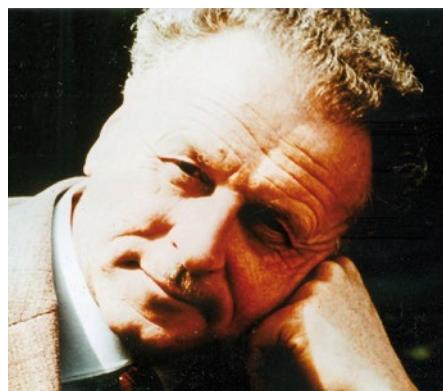
50 Jahre „Mobilisierung der Demokratie“

Die Forderung des Akademiegründers Waldemar von Knoeringen ist aktueller denn je

Sein 45. Todestag und 110. Geburtstag in diesem Jahr – ein herausragender Vertreter der bayerischen und deutschen Sozialdemokratie.

WIE KAUM EIN ANDERER hat Knoeringen der politischen Bildung und Demokratieerziehung nach 1945 vielzählige Anstöße und Impulse gegeben. Zu seinen noch heute bestehenden Gründungen zählen die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See, die Kritische Akademie in Inzell und unsere Akademie für Politische Bildung.

Nach seinem Rückzug als bayerischer SPD-Vorsitzender 1963 konzentrierte sich Knoeringen mit großem Einsatz auf Bildungs- und Wissenschaftspolitik. In diese Zeit fällt auch die von ihm und einer Gruppe junger Akademiker um Peter Glotz initiierte Kampagne zur „Mobilisierung der Demokratie“. Zwei Jahre vor der Studentenrevolte und gerade rechtzeitig zum SPD-Parteitag 1966 legte diese Gruppe – der auch die ehemaligen Akademiemitarbeiter Peter Hanke, Jürgen Maruhn und Hans-Günter Naumann angehörten – die 200 Seiten starke Programmkündigung vor. Darin wird dem „utopischen Progressismus von links“ und dem bleiernen „Konservatismus von rechts“ ein Konzept der „anthropologischen Orientierung aller Politik“ entgegengesetzt. Demokratie wird hier verstanden als „Lebensform eines anthropologischen Humanismus“. Die Schrift tritt ein für: die zukunftsorientierte Reform der (bundesdeutschen) Demokratie, die Belebung der demokratischen Institutionen sowie die Verbesserung der Willensbildung- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft: „In dieser Schrift haben wir versucht, das überall spürbare Unbehagen an der Demokratie zu artikulieren und Vorschläge zu unterbreiten, wie Strukturschwächen dieser Demokratie, die im Zuge der sozialen Umordnungen immer deutlicher sichtbar werden, behoben werden können.“



Waldemar von Knoeringen (1906 – 1971)
© APB-Archiv

Knoeringens Überlegungen geben Antworten und sind Ansporn zur Bewältigung virulenter politischer Herausforderungen unserer Tage. So steht unter Punkt 4 „Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Kräften“ über die Bedrohung der Demokratie zu lesen:

„Die Demokratie ist ständig von antidemokratischen Kräften bedroht. Die begrüßenswerte Tatsache, dass heute die überwiegende Mehrheit unseres Volkes demokratischen Parteien ihre Stimme gibt, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Welt in jedem Augenblick Menschen hervorbringt, die danach trachten, ihre Mitmenschen zu unterdrücken und die deshalb nach dem „starken Mann“ rufen, die „Größe der Nation“ beschwören oder eine ideologische Heilslehre gewaltsam durchsetzen wollen. Aggressive Kräfte sind in der Gesellschaft stets latent vorhanden. Unter bestimmten Bedingungen können sie gerade in der Demokratie wirksam werden.“

Dauernde Aufgabe

Dagegen hilft allein die „Gemeinsamkeit der Demokraten“: „Gegen diese Kräfte müssen sich alle demokratischen Parteien gemeinsam wenden. Das kann nicht bedeuten, dass der permanente Notstand erklärt und alle bestehenden Konflikte großzügig übersehen werden sollen. Aber es muss bedeuten, dass dort, wo die Sicherung der Demokratie auf dem Spiel steht, ein Gespräch zwischen den Parteien immer möglich sein muss. (...) Alle Maßnahmen zur Sicherung der Demokratie sollten von einer breiten demokratischen Mehrheit von Parteien und Verbänden getragen werden.“

Und weiter heißt es: „Die Aufgabe, die demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, bleibt dauernd gestellt. *Mobilisierung der Demokratie* ist ein umfassendes Programm und nicht beschränkt auf jene Gebiete, in denen es bereits demokratische Verfassung gibt.“

Von der »Mobilisierung der Demokratie« aus besteht im Übrigen eine direkte Verbindung zur Wahlkampfparole Willy Brandts für die Bundestagswahlen von 1969 „Mehr Demokratie wagen!“

Waldemar von Knoeringen ist leider allzu früh am 2. Juli 1971 einem plötzlichen Herzversagen erlegen. In diesem Jahr begehen wir in tiefem Respekt und großer Dankbarkeit seinen 110. Geburtstag und 45. Todestag. 

Steffen H. Elsner



Pränataldiagnostik im Diskurs
23 Thesen
2. Tutzinger Diskurs 2015/2016
Akademie für Politische Bildung, Tutzing 2016
ISBN 978-3-9814111-3-3
88 Seiten

Reproduktionsmedizin

Pränataldiagnostik im Diskurs

REPRODUKTIONSMEDIZIN und Pränataldiagnostik (PND) machen riesige Fortschritte. In letzter Zeit haben vor allem sogenannte molekulargenetische „nichtinvasive Pränataltests“ (NIPTs) für Aufmerksamkeit gesorgt, mit deren Hilfe direkt das Blut der Mutter auf eine Krankheit oder Behinderung des Kindes getestet werden kann. Eine solche Entwicklung kann neue Hoffnungen wecken oder alte Ängste schüren, auf jeden Fall bedarf sie einer besonnenen Reflexion und Diskussion.

Seit dem Frühsommer 2015 diskutierte eine 14-köpfige interdisziplinäre Gruppe verschiedene Aspekte dieser Entwicklung. Die Expertinnen und Experten aus Medizin, den Sozialwissenschaften, der Sozialen Arbeit und Schwangerschaftsberatung, der Heilpädagogik und Pflegewissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Philosophie und dem Journalismus haben sich während vier arbeitsintensiver Workshops auf mehrere Thesen geeinigt, die sie nun der Öffentlichkeit präsentieren und zur Diskussion stellen.

Mit Beiträgen von Marion Baldus, Marion Dickmann, Adam Gasiorek-Wiens, Regina Gossen, Mariella Hager, Tanja Henking, Ludwig Krüger, Katrin Löser, Robert Ranisch, Daniela Remus, Annekatrin Skeide, Anna Elisabeth Thieser, Jeanne Turczynski, Janna Wolff.



Medien



Markus Behmer,
Michael Schröder (Hrsg.)

Konfliktzonen
Reflexionen über die Kriegs- und Krisenberichterstattung
Band 6 der Reihe MAR-Kierungen (Beiträge des Münchener Arbeitskreises öffentlicher Rundfunk)
LIT-Verlag, Münster 2016
ISBN 978-3-643-13420-2,
152 Seiten

Konfliktzonen

Reflexionen über die Kriegs- und Krisenberichterstattung

UM KONFLIKTZONEN geht es in diesem Band im Wortsinne: Aus Konflikten und über Konflikte wird berichtet. Wie die Berichterstatter dabei arbeiten, das behandeln Journalisten und Medienforscher in historischer und ethischer, in journalistisch-handwerklicher und theoretisch-wissenschaftlicher Perspektive

Um Konfliktzonen geht es auch im übertragenen Sinne: Um den Zwang, möglichst aktuell zu berichten – und um die Anforderung, dies möglichst akkurat zu tun. Um die Erwartung, nahe bei den Opfern zu sein – ohne ihnen zu nahe zu treten. Um die Herausforderung, authentische Eindrücke zu gewinnen – ohne parteiisch zu sein. Um die Grundaufgabe, viele Fakten und auch die Hintergründe darzustellen – und dabei die Komplexität soweit zu reduzieren, dass es verständlich bleibt. Und um den Gegensatz, Dramatisches schildern zu müssen – ohne Voyeurismus zu bedienen.

Mit Beiträgen von Markus Behmer, Nadine Bilke, Martin Durm, Stefan Klein, Till Mayer, Michael Schröder, Michael Unger, Michael Wegener und Jürgen Wilke.





© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Mittelbayerische Zeitung, 14. März 2016

Katastrophen und „Lemming-Journalismus“

Hart an der Wahrheit oder Teil der Meute? Die Managerin der Formel-1-Legende Michael Schumacher spricht über mediale Exzesse.

WIE GEHT ES Michael Schumacher? Zu der wichtigsten Frage, die die Öffentlichkeit seit dem Skiunfall vor zwei Jahren beschäftigt, äußert sich die Managerin der Formel-1-Legende nicht. „Ich glaube, dass viele Leute nicht hören wollten, was ich dann sagen müsste“, sagt Sabine Kehm. Sie lässt am Samstag zwischen den Zeilen lesen: Jeder könne sich vorstellen, was ein schweres Schädel-Hirn-Trauma für den Zustand eines Menschen bedeute. Offen bleibt, ob sich Schumacher von seinen Verletzungen erholen wird. „Diese Hoffnung haben wir“, sagt sie. Doch niemand wisse, ob sie berechtigt sei.

Kehm ist der Einladung zur Journalisten-Tagung in Tutzing gefolgt, um über ihre Rolle als Schutzschild für einen Helden zu sprechen – und ihre Erfahrungen mit den internationalen Medien, die bis heute das Schicksal Schumachers verfolgen. „Ich bin zur Mauer geworden“, sagt die frühere Journalistin. Sie verstehe ihre Aufgabe darin, die Privatsphäre Schumachers zu schützen – etwas, worauf dieser selbst immer hohen Wert gelegt habe. Ihre Wächter-Funktion erstrecke sich auch auf Schumachers Ehefrau Corinna, seine Tochter Gina (19) und Sohn Mick (16). Wo immer Privates verletzt wird, schaltet Kehm sofort die Anwälte ein. „Wir gewinnen diese Unterlassungsklagen alle“, sagt sie ...

Es geht um Wahrheitssuche hart am Limit und auch über Grenzen hinaus. Kehm beschreibt einen „Lemming-Journalismus“, bei dem unreflektiert ans Werk gegangen werde. „Es wird eine Sau durchs Dorf getrieben und alle rennen hinterher.“ Was sie nicht dementiere, rücke in den Rang von Tatsachen auf und werde dann von einem Land ins andere weiterverbreitet.

Ob sie nicht Teil des Problems sei, weil sie Schumacher so konsequent abschirme, wird Kehm gefragt. Darüber denke sie selbst oft nach, sagt sie – immer mit dem gleichen Ergebnis. Jeder Satz wäre nur der Auslöser für neue Nachfragen. „Viele würden sich dazu berufen fühlen, wieder etwas dazu zu sagen. Ich glaube nicht, dass es danach aufhören würde.“...

Christine Schröpf

Der neue Tag, 18. März 2016

Im Visier der Meute

... DER FRÜHERE SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück beklagt bei der Tagung mit Blick auf die Berichte über seinen Wahlkampf drei Trends: „Banalisierung, Personalisierung und Skandalisierung.“ Statt über die Themen zu berichten, würden Nebensächlichkeiten hochgespielt. Mit Blick auf den Umgang mit Christian Wulff spricht Steinbrück von einem „gewalttätigen Journalismus“.

Diesen müssen häufig Angehörige von Opfern bei Unglücken oder Verbrechen erleben, wie etwa die Schüler in Haltern nach dem German-Wings-Absturz oder in Winnenden nach dem Amoklauf. Durch einen Zufall werden sie und ihre toten Angehörigen in die Öffentlichkeit gezerrt. Die Nachricht vom Tod des Kindes ist oft keine Stunde alt, da klingelt der erste Reporter. Seine Frage: Können wir ein Bild bekommen?

Und wird das Bild ungefragt veröffentlicht, fehlt vielen die Kraft, sich zu wehren. Sie haben keine Manager, die sie schützen.

Die Tagung war nicht wie ein Elternabend, wo nur Interessierte kommen, wie der Schulleiter der Albertville-Realschule in Winnenden sagte. Nach Tutzing kam auch der Chefredakteur der „tz-München“, Rudolf Bögel, als einziger Vertreter der Boulevardpresse. „Bild“ hatte es abgelehnt, sagten die Veranstalter. Bögel wurde kritisiert, weil die „tz“ nach dem Zugunglück von Bad Aibling Bilder von Todesopfern veröffentlicht hat und er dies nur mit zustimmenden Signalen aus dem Umfeld begründete. Für die Kritiker ein Verstoß gegen das Persönlichkeitsrecht.

Alexander Pausch

Süddeutsche Zeitung, 15. März 2016

Vierte Gewaltäter

Wie sollen Medien Katastrophen und Affären begleiten?

WENN POLITIK funktioniert wie die Liebe, dann hat Susanne Gaschke das Schlimmste hinter sich. Der Kummer, wenn eine Beziehung zerbricht, dauere angeblich halb so lange wie die Beziehung selbst, sagt sie. „Und meine Amtszeit war ja nicht so lang.“ Im Dezember 2012 wurde Susanne Gaschke zur Oberbürgermeisterin von Kiel gewählt. Im Oktober 2013, erklärte sie ihren Rücktritt: Ein kontroverser Steuerfall wurde zur Affäre, während Gaschke permanent unter medialer Beobachtung stand. „Das hält man psychisch nicht unbegrenzt aus“, sagt sie heute ...

... Neben Gaschke sprachen in Tutzing einerseits Personen, die Erfahrungen mit dem „Lemming-Journalismus“ gemacht haben, wie das Thema immer wieder genannt wurde: Sabine Kehm, die Managerin von Michael Schumacher; der Anwalt des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff, Gernot Lehr; und der SPD-Politiker Peer Steinbrück, der 2013 als Kanzlerkandidat von der Presse sehr kritisch beobachtet wurde. Steinbrück fand deutliche Worte zur Affäre um Christian Wulff: Wie einige Medien sich damals verhalten hätten, sei „ein klassisches Beispiel dafür, dass es gewalttätigen Journalismus gibt“.

Eindrucksvoll waren aber vor allem die Diskussionen mit Menschen, die nach außergewöhnlichen Ereignissen mehr oder weniger zufällig und ungewollt zum Gegenstand der Berichterstattung wurden.

Nach dem Amoklauf in Winnenden war es zum Beispiel so: Dort erschoss im März 2009 ein ehemaliger Schüler 15 Menschen und zuletzt sich selbst. In

Tutzing berichteten Angehörige und Betroffene, wie es war, als nach der Tat unzählige Reporter aus aller Welt in dem Städtchen einfielen. Von Schülern hätten die Reporter zum Beispiel wissen wollen, wie sie sich gefühlt hätten, als ihre Mitschüler neben ihnen getötet wurden; Fotografen kletterten auf Autos, um über die Friedhofsmauer Bilder von der Beerdigung eines Opfers schießen zu können. Bei einer Familie hätte es schon zwei Stunden nach der Todesnachricht an der Tür geklingelt. Frank Nipkau sagt: „Auch die Medien sind damals Amok gelaufen.“ Nipkau ist selbst Medienmacher, er ist Chefredakteur der Winnender Zeitung. Nach der Tat berichtete seine Zeitung allerdings zurückhaltender als einige andere Medien. Nach der Tat habe man in Winnenden gemeinsam mit Psychologen Leitlinien erdacht, wie die Medien nach einem solchen Ereignis mit den Betroffenen umgehen sollten, die Regeln des Pressekodex reichten in solchen Fällen nicht. Abstand zu halten sei wichtig, so Nipkau, aber auch, nicht einfach irgendwo anzurufen oder zu fragen, wie der Gesprächspartner eine Tragödie erlebt habe – es drohe sonst eine Re-traumatisierung ...

Karoline Meta Beisel

Stuttgarter Zeitung, 14. März 2016

Das Problem der Personalisierung

... DER BERUFPOLITIKER Peer Steinbrück sitzt weitaus entspannter auf dem Podium. „Haben wir Journalisten sie fertiggemacht?“ Ohne Zögern verneint Steinbrück. „Mir ist klar, dass ein Kanzlerkandidat auf seinen Charakter, seine Eignung geprüft werden muss“, sagt Steinbrück. Geärgert habe ihn aber, dass seine inhaltlichen Vorstellungen in den Medien immer mehr zurückgetreten seien hinter seine Person: Hinter den „Problem-Peer“, der horrende Vertragshonorare kassiert und seinen Kritikern demonstrativ den Stinkefinger entgegenstreckt; der in einem Nebensatz äußert, dass er nie eine Flasche Pinot Grigio für unter fünf Euro trinken würde.

Der Journalismus, so der SPD-Politiker, litte unter drei schlechenden Tendenzen: Ein zunehmender Fokus auf Personen, eine Banalisierung der Inhalte und eine wachsende Skandalisierung. „Qualitätsjournalismus zeichnet sich aber doch dadurch aus, dass er herausarbeitet: Was ist wichtig, was ist unwichtig? In meinem Wahlkampf ging es immer mehr ums Unwichtige.“ ...

Violetta Hagen
(Siehe Seite 3)

Ärztezeitung, 1. Februar 2016

Ärzte und Pharmaindustrie Nichts geht ohne Kooperation

FÜR MEHR TRANSPARENZ bei der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und pharmazeutischer Industrie haben sich die Teilnehmer einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ausgesprochen, die zusammen mit dem Verein „Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie“ (FSA) ausgerichtet wurde. In den vergangenen 15 Jahren seien bereits viele Standards gesetzt worden, die von den allermeisten Pharmafirmen auch gelebt werden, erklärte FSA-Geschäftsführer Dr. Holger Diener.

Das Problem, so Diener: „Manches wird uns einfach nicht geglaubt.“ In den Medien werde immer wieder das Bild von Ärzten gezeichnet, die von der Pharmaindustrie bestochen werden. „Wir wollen, dass die Öffentlichkeit versteht, dass wir vernünftige Regeln haben und dass diese Regeln auch eingehalten werden“, betonte Diener. Die FSA werde deshalb den Prozess der Transparenz in diesem Bereich weiter vorantreiben, so dass bestehende Kooperationen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sind.

Daher werden die Mitgliedsunternehmen der FSA ab Mitte 2016 alle Zuwendungen an Ärzte, Apotheker und andere Gesundheitsberufe sowie an medizinische und wissenschaftliche Organisationen und Einrichtungen wie Kliniken oder Fachgesellschaften veröffentlichen. Bei Spenden, Fortbildungsveranstaltungen sowie Dienstleistungs- und Beratungshonoraren sollen die Ärzte namentlich genannt werden, vorausgesetzt, sie stimmen zu, erläuterte Diener.

Transparenz dürfe sinnvolle Kooperationen nicht unterbinden, erklärte der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ), Professor Wolf-Dieter Ludwig. Die Zusammenarbeit von Ärzten und Industrie liege grundsätzlich im Interesse einer guten Gesundheitsversorgung. Interaktionen, die nicht diesem Ziel dienen, sollten jedoch unterbleiben, forderte Ludwig.

Eine vollständige Transparenz werde es nie geben, meinte der Präsident der Landesärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theodor Windhorst. Notwendig seien aber Spielregeln und Vertrauen auch im Verhältnis zwischen Ärzten und Industrie. „Die Misstrauensgesellschaft darf nicht gewinnen“, sagte Windhorst. Die Geldflüsse sollten auch für die Patienten transparent sein.

Fehlentwicklungen im Gesundheitsmarkt führen immer wieder zu Empörung in der Öffentlichkeit und münden in dem Ruf nach dem Gesetzgeber, erinnerte der ehemalige CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Thomas Zimmermann. Die Selbstregulierung, wie sie von der FSA auf den Weg gebracht wurde, sei eine durchaus sinnvolle Option, den Anschuldigungen zu begegnen. Allerdings müsse die Selbstregulierung wirksam sein und den Zielen gerecht werden, betont Zimmermann. Auch dürfe die Politik der Selbstregulierung das Feld niemals komplett überlassen. Der FSA-Transparenzkodex ersetze den ordnungspolitischen Rahmen nicht.

Jürgen Stoschek

Die Tagespost, 4. März 2016

Besondere Kinder

EIN JAHR lang haben 14 Experten unterschiedlicher Professionen auf Initiative der Akademie für Politische Bildung in Tutzing über die Vorteile und Gefahren der pränatalen Diagnostik diskutiert. Seit gestern ist ihre daraus hervorgegangene, durchaus lesenswerte, Stellungnahme, die 23 sehr bedenkenswerte Thesen enthält, auch öffentlich zugänglich. Widersprochen werden muss jedoch der Einschätzung der früheren Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen). Sie schreibt im Geleitwort der Stellungnahme, „vor dem Hintergrund, dass die bisherigen Untersuchungsmöglichkeiten nicht risikolos sind“ sei die Einführung des prädiktiven Bluttests (gemeint ist der umstrittene Pränatest) „zweifellos ein Fortschritt“. Denn dem ist nicht so. Der Pränatest, der von einer Konstanzer Firma mit Fördergeldern des Bundesforschungsministeriums – und damit des deutschen Steuerzahlers – zur Marktreife entwickelt wurde, wirkt in der Praxis wie ein rasiermesserscharfes Selektionsinstrument. Er gibt Frauen nicht nur Aufschluss über eine mögliche Behinderung ihres Kindes zu einem Zeitpunkt, da sie aufgrund der hormonellen Umstellung noch gar keine feste Bindung an das Kind entwickeln konnten, er täuscht darüber hinaus auch eine Sicherheit vor, die es nicht geben kann. Noch schlimmer ist: Allein seine Existenz suggeriert, Eltern hätten das Recht, sich zu entscheiden, ob sie ein Kind mit Behinderung annehmen oder nicht.

Auch das ist nicht der Fall. Es gibt kein Recht auf ein Kind. Und schon gar nicht auf ein gesundes ...

Stefan Rehder



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch hielt bei der Festsitzung aus Anlass 155 Jahre Vorarlberger Landtag in Bregenz den Festvortrag zum Thema „Rolle und Zukunft der Landesparlamente“. Sie referierte im Rahmen des Expertengesprächs der politischen Stiftungen in Berlin „Demokratie braucht Wählerinnen und Wähler. Kontroverse Diagnosen zu den Ursachen sinkender Wahlbeteiligung und ihren Auswirkungen“ über Möglichkeiten zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Die Direktorin moderierte das Panel „Die Rolle des Militärs und der Polizei in einem föderalen Staat“ während einer internationalen Fachtagung über Föderalismus der Hanns-Seidel Stiftung (HSS). Bei einer weiteren Tagung der HSS über „Ethik der Stadt – einschließlich der Rolle der Kommunalpolitik“ referierte sie über die Ursachen und Folgen der nachlassenden Bedeutung der Volksparteien in den Großstädten. Im Rahmen der Tagung des Wissenschaftlichen Beirats der BLLV-Akademie sprach sie am Beispiel Flüchtlingspolitik über „Politik – Bildung – ein Geschwisterpaar?“ Vor dem Landesbeirat für Erwachsenenbildung trug sie vor zum Thema „Migration und Integration – Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit“. Und zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik referierte sie vor unterschiedlichen Kreisen, u.a. vor Schülerinnen und Schülern des Asam-Gymnasiums München, dem Bayerischen Club, dem Katholischen Bildungswerk Miesbach sowie dem German American Women’s Club.

Kuratorium

Gerhard Bradel, Kuratoriumsmitglied von 1993 bis 1999, ist im Alter von 88 Jahren verstorben. Bradel war bis 1993 Büroleiter der dpa in München. Wir verdanken ihm zahlreiche Denkanstöße zur Bedeutung der Medien in der politischen Bildung und zur Medienpolitik. Die Akademie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber diskutierte Chinas Sicherheitspolitik im Rahmen des Außenpolitischen Quartetts der Hanns-Seidel-Stiftung. Für den Bayerischen Bauerverband hielt sie einen Vortrag über Chinas Energie- und Umweltpolitik und sprach im Rahmen einer Veranstaltung der Universität Regensburg in Kreuth über die Beziehungen zwischen den USA und China.

Dr. Andreas Kalina gibt im Sommersemester 2016 als Lehrbeauftragter am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Europäische Desintegration? Die EU im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt“. In Bad Bevensen vertrat er die Akademie in der Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.

Dr. Gero Kellermann wurde erneut in den Vorstand der Europa-Union, Bezirksverband München, gewählt.

Dr. Michael Mayer wurde zum Mitglied des Comité Scientifique de la Seconde Guerre Mondiale des französischen Nationalarchivs in Paris bestellt. Am Asam-Gymnasium in München sprach er zum Thema „Krieg und Kollaboration. Der Holocaust in Frankreich“.

Dr. Anja Opitz hielt in Minsk einen Vortrag über „CSDP Decision Making with a special focus on the Political Framework for Crisis Approach.“ Auf dem Side-Event der Münchner Sicherheitskonferenz 2016, der 7. Expertenrunde des Jungen Forums der Gesellschaft für Außenpolitik, hielt sie den Impulsvortrag „Europas Beitrag für einen starken Nahen Osten.“

Dr. Thomas Schölderle referierte 2016 auf einer Tagung zur „Spätrenaissance in Schwaben“ im Hauptstaatsarchiv Stuttgart zum Thema „Utopie ist, wenn man trotzdem lacht: Gesellschaftsfiktion, Humor und Sozialkritik in den Renaissance-Utopien von Eberlin von Günzburg, Kaspar Stiblin und Johann Valentin Andreae“.

Dr. Michael Schröder sprach vor dem Starnberger Kulturforum über die „Fallgrube Internet – ins Netz gegangen“.